

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 7. November 2016**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

10. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.31 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 9. Sitzung des Gemeinderates vom 03.10.2016 liegt zur
Einsichtnahme auf.

***Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 27.10.2016 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates (Mag. Peter Sönser)
DI-Verf-007-2016

Bgm. Dr. Rabl: Ich habe das traurige und gleichzeitige freudige Vergnügen ihnen mitzuteilen, dass Frau Mag. Elke Mayerhofer ihr Mandat im Gemeinderat zurückgelegt und gleichzeitig Herr Mag. Peter Sönser dieses Gemeinderatsmandat antreten wird. In diesem Zusammenhang möchte ich die Gelegenheit nützen und Frau Mag. Mayerhofer meinen Dank aussprechen. Sie war eine der engagiertesten Gemeinderäte dieses Hauses vom 26.09.2011 – 04.11.2016 und hat umfangreiche Tätigkeiten in den Ausschüssen erledigt. Unter anderem war sie Vorsitzende des Frauenangelegenheiten- und Gleichbehandlungsausschusses, Mitglied im Präsidialausschuss, Integrationsausschuss, Sportausschuss, Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss, im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss, im Finanz- und Präsidialausschuss, Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss und im Sozial- und Wohnungsausschuss; also in fast jedem Ausschuss dieser Stadt. Dadurch konnte sie sich umfangreiche Kenntnisse aneignen und ihr Wissen aus ihrem Studium in den Ausschüssen einbringen.

Jeder weiß, dass ich nicht immer einer Meinung mit den GRÜNEN-Ideen bin. Ich möchte aber zwei bis drei von Frau Mag. Mayerhofer initiierten Dinge, für die sie sich besonders einsetzte und die meine volle Unterstützung fanden, hervorheben. Eines ihrer großen Anliegen war die Gleichstellung von Mann und Frau, nicht nur in Zusammenhang mit einer Bewusstseinsbildung, sondern weit darüber hinaus auf kommunaler Ebene. Der Ausbau von Krabbelstuben und Kindergärten war ihr ein besonderes Anliegen. Mit ihrem ständigen Drängen hat sie diesen Ausbau erreicht, auch wenn sie das nur zum Teil miterleben konnte. Viele Projekte in diesem Zusammenhang sind in der Pipeline und sollten demnächst eröffnet werden.

Der zweite große Punkt von Frau Mag. Mayerhofer war der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Ausdehnung der Fahrzeiten. Auch das befindet sich in Arbeit. Der Verkehrsreferent ergriff in der Vergangenheit bereits Initiativen. Dieser sog. Abendbus soll geprüft und bereits in nächster Zeit eingesetzt werden, sofern eine Beschlussfassung des Gemeinderates erfolgt. Ein Anliegen, wofür Frau Mag. Mayerhofer wesentliche Vorarbeit leistete.

Unabhängig vom politischen Aspekt gibt es aber noch einen Aspekt, der zu betonen ist. Frau Mag. Mayerhofer war Spitzenkandidatin der GRÜNEN bei der Wahl 2015 und damit auch Bürgermeisterkandidatin. Gerade bei solchen Wahlauseinandersetzungen zeigt sich, welchen Zugang jemand zur Politik hat und wie er sich in solchen stressigen und druckvollen Situationen verhält. Frau Mag. Mayerhofer hat sich immer vorbildlich, tadellos und fair verhalten. Ich glaube, es ist in der Politik heute nur mehr selten zu finden, dass jemand seinen Anstand nicht abgibt, authentisch und engagiert bleibt. All dies ist Frau Mag. Mayerhofer während dieser Zeit gut gelungen.

Auch der Kontakt mit den Bürgern war ihr immer ein Anliegen, besonders die Bürgerbeteiligung stand ganz oben. Ich hätte gerne noch ein paar Projekte mit ihr gemeinsam abgewickelt – leider bleibt mir und uns das jetzt verwehrt. Ich bedaure daher, dass wir sie, Frau Mag. Mayerhofer, in unserer Runde verlieren. Es war eine sehr gutes, konstruktives Zusammenarbeiten mit ihnen. Natürlich haben sie manchmal kritisch ihre Stimme erhoben, aber das ist Bestandteil der Politik. Hätten sie das nicht gemacht, hätte ich sie einladen müssen, Mitglied in unserer Fraktion zu werden. Insofern gab es natürlich deutliche Trennlinien.

Ich wünsche ihnen für ihren weiteren Lebensweg alles Gute und hoffe, dass sie sich beruflich so verwirklichen können, wie sie sich das in ihrer neuen Aufgabe vorstellen. Behalten sie dieses Haus und diese Zeit in der Politik in guter Erinnerung und bleiben sie vor allem dieser Stadt verbunden.

(Applaus!)

Nach dem Abschied jetzt das Erfreuliche: Die Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes. Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Mag. Peter Sönser mit Wirksamkeit 05.11.2016 in den Gemeinderat nachberufen. Er hat diese Berufung angenommen. Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben. Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist erlaubt. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben. Zur Angelobung darf ich Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Herr Magistratsdirektor Dr. Franzmayr liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

Mag. Peter Sönser leistet das Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe.“

Bgm. Dr. Rabl: Herzlich willkommen in dieser Runde! Gleichzeitig hat uns die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion mitgeteilt, dass sie für die Ausschüsse des Gemeinderats folgende Personen nominiert hat:

Im Finanz- und Präsidialausschuss,
im Sicherheits-, Integrations- u. Sportausschuss und
im Sozial- und Wohnungsausschuss
GR. Mag. Peter Sönser statt GR. Mag. Elke Mayerhofer als Mitglied.

Im Generationenausschuss,
im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss und
im Verkehrsausschuss
GR. Mag. Peter Sönser statt GR. Mag. Elke Mayerhofer als Ersatzmitglied.

Anfragen

1. Anfrage von GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer gem. § 10 GOGR an Vzbgm. Gerhard Kroiß betreffend Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit im Sicherheitsressort (DI-Verf-147-2016)

GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer hat folgende Anfrage an Vzbgm. Gerhard Kroiß gerichtet:

Sehr geehrter Herr Vzbgm. Kroiß!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Wieviel wurde seit Ihrem Amtsantritt für die Öffentlichkeitsarbeit im Sicherheitsressort ausgegeben?
2. Wie teilen sich die Ausgaben nach Themen (Ordnungswache, Videoüberwachung, etc.) und verwendete Medien (Werbespots, Insetate, etc.) auf?
3. An wen sind diese Aufträge ergangen?
4. Von wem wurden die Taschenalarme finanziert, wieviel kosteten sie und werden künftig noch kosten?

Vzbgm. Kroiß hat bekannt gegeben, dass er die Anfrage schriftlich beantworten wird.

2. Anfrage von GR. Laurien Scheinecker gem. § 10 GOGR an StR. Margarete Josseck-Herdt betreffend Offenlegung der relevanten Informationen zur Situation in den Kindergärten der Stadt Wels (DI-Verf-148-2016)

GR. Laurien Scheinecker hat folgende Anfrage an StR. Margarete Josseck-Herdt gerichtet:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Wie sieht der momentane Personalschlüssel in den Kindergärten der Stadt Wels aus und wie verändern sich diese Zahlen im Zeitverlauf mit dem jeweiligen Stand 1. Oktober der Jahre 2014, 2015 und 2016?
 - Anzahl der Kindergärten
 - Anzahl der Gruppen
 - Beschäftigte PädagogInnen und HelferInnen (Vollzeit, Teilzeit)
 - Anzahl der Kinder in der Betreuung
2. Wurden die benötigten zusätzlichen HelferInnen bereits ausgeschrieben und eingestellt? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
3. Wie viele Sprachförderstunden haben die jeweiligen Kindergärten?
 - Inwieweit weicht hier die Stundenanzahl von jener der bisher eingesetzten PädagogInnen ab?
4. Wieviel Geld wurde für Elternbriefe und Inserate aufgewendet? Wurden diese Kosten von ihrem Ressort getragen oder aus dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit?
5. Welches pädagogische Konzept liegt der Kindergartenbetreuung inkl. Sprachförderung zu Grunde?
 - Wo liegen hier die Unterschiede, mit denen die Personalumschichtung begründet wird?
 - Wie wird die Betreuungsqualität evaluiert?
 - Wie verschiebt sich der Betreuungsschlüssel für Kinder ohne Sprachförderbedarf?
 - Was geschieht mit dem Projekt „Sprachbrücke“ und den im Zuge dieses Projektes eingeführten muttersprachlichen Stützkräften?
6. Nachdem der Bastelbeitrag auf 75 Euro gesenkt wurde, werden lt. Eltern jetzt für Ausflüge und Waldtage extra Beiträge eingehoben. Lt. Berichten finden aber nicht überall Waldtage statt. Handelt es sich um Finanzierungsprobleme, Personalengpässe oder Organisationsprobleme?

StR. Josseck-Herdt hat bekannt gegeben, dass sie diese Anfrage schriftlich beantworten wird.

3. Anfrage von GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer gemäß § 10 GOGR an StR. Margarete Josseck-Herd

GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer hat folgende Anfrage an StR. Margarete Josseck-Herdt gerichtet:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

- 1) Kinder mit Sprachförderbedarf in der Zweitsprache Deutsch

- a) Auf welchen statistischen Daten basieren die Zahlen der „Kinder mit Sprachförderbedarf“?
 - b) Wie hat diese Studie ausgesehen?
 - Welcher Untersuchungszeitraum?
 - Welches Sample?
 - Welche Ergebnisse?
 - c) Wer arbeitete daran mit? Welche Qualifikationen brachten diese PädagogInnen mit?
 - d) Auf welche sprachwissenschaftlichen Erkenntnisse wurde Bezug genommen?
 - e) Es gibt einen Unterschied zwischen Sprachstand und Sprachkompetenz. Wie erfolgte die Systematik in der Praxis wirklich bei individueller Förderung und Kompetenzniveau?
 - f) Die sprachliche Entwicklung bzw. der Lernfortschritt wird angeblich regelmäßig evaluiert.
 - Durch wen und mit welchem Messinstrument?
 - Wird Mehrsprachigkeit berücksichtigt? Wenn ja, wie und durch wen wird die Sprachkompetenz in der Erstsprache beurteilt?
 - Auf welcher Basis erfolgt die Evaluation bzw. wird der Lernfortschritt dokumentiert?
 - Wer übernimmt die Auswertung der Ergebnisse?
- 2) Erhebung von Efgani Dönmez („Die Konfliktberater“):
- a) Welche Themen wurden behandelt? Welche Fragestellungen?
 - b) Wie groß war das Sample?
 - c) In welchem Untersuchungszeitraum fand die Erhebung statt?
 - d) Wo fand die Erhebung statt?
 - e) Was sind die Ergebnisse?
- 3) Welches Sprachförderkonzept bzw. -programm bildet die Grundlage für die Umstrukturierung der Sprachförderung in den Welser Kindergärten?
- a) Wer sind die AutorInnen? Wurde es von PädagogInnen oder WissenschaftlerInnen entwickelt?
 - b) Wie begründet man den Wechsel von alltagsintegrierter Sprachförderung zur programmbasierter?
 - c) Wodurch ist gewährleistet, dass das Verfahren dem aktuellen Forschungsstand im Bereich Sprache und Literacy entspricht?
 - d) Welchem theoretischen / sprachwissenschaftlichen Ansatz unterliegt es?
 - e) In welchem inhaltlichen Bezug steht das Konzept zu den im Bildungsrahmenplan konkretisierten Bildungszielen im Bereich Sprache?
 - f) Wie unterstützt es den bildungssprachlichen Erwerb der Kinder?
 - g) Nimmt es Rücksicht auf die Mehrsprachigkeit der betreuten Kinder? Wenn ja, wie?
 - h) Berücksichtigt es die verschiedenen Ebenen der Nutzung:
 - Entwicklungsgespräche mit Eltern?
 - Fachlicher Austausch mit Kollegen?
 - Zusammenarbeit mit Schulen?

- Abstimmung sprachlicher Angebote auf die Interessen und Kompetenzen der Kinder?
 - Kooperationen mit Fachdiensten?
 - i) Wie aufwendig ist die Methodik? Wie ist sein Nutzen für die pädagogische Arbeit im Kindergarten und wie verständlich ist es für die Fachkräfte?
 - j) In welcher Entwicklungsphase steht das Projekt?
 - k) Ist es bereits auf seine Wirksamkeit hin evaluiert worden?
 - l) Wie sieht die Evaluation aus? Wer übernimmt diese?
 - m) Das Programm wird im Bedarfsfall angepasst. Wie sieht das aus? Durch wen und auf Basis welcher sprachwissenschaftlichen Grundlage?
 - n) Auf welcher pädagogischen Erkenntnis basiert die Veränderung der Strukturqualität (Personalschlüssel) in den Kindergärten?
- 4) Begleitung durch Universität Salzburg
- a) Welches Institut wird das neue Sprachförderprogramm begleiten?
 - b) Wie erfolgt die Evaluation?
 - c) Was wird hier genau evaluiert? Und in welchem Zeitraum ?
- 5) SprachförderInnen
- a) Welche Qualifizierung ist für die Sprachförder-Pädagoginnen vorgesehen? Auf welchem sprachwissenschaftlichen Konzept basiert sie? Wann wird sie durchgeführt?
 - b) Werden nur die Pädagoginnen weiterqualifiziert oder die Helferinnen auch?
 - c) Dürfen Sprachförderinnen für Journaldienste eingesetzt werden?
 - d) Wie sieht der SpringerInnen-Pool aus? Ab wann ist der Pool voll einsatzbereit?
 - e) Warum wurde das System der beiden PädagogInnen nicht beibehalten? Aus welchen Erwägungen heraus wurden zusätzliche HelferInnen eingestellt und nicht gut ausgebildete SprachpädagogInnen?
 - f) Wie viele Stunden sind die SprachförderInnen in den jeweiligen Kindergärten ausschließlich für Sprachförderung zuständig und stehen somit nicht der allgemeinen Kindergartengruppe zur Verfügung?
- 6) Warum wurde die Änderung nicht früh- bzw. rechtzeitig kommuniziert (an die Kindergärten und auch an die Eltern)?
- 7) Im Kindergarten Laahen, wo nur 17% der Kinder keine deutsche Muttersprache haben, wird es nur eine Sprachförderin geben. Bedeutet das, dass die Betreuungsqualität hier nun schlechter wird als bspw. im Kindergarten Noitzmühle, wo ein Anteil von 95% von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache mehr Pädagoginnen nötig macht? Wodurch wird gewährleistet, dass das neue Sprachfördersystem nicht zu Lasten der Kinder mit deutscher Muttersprache geht?

StR. Josseck-Herdt hat bekannt gegeben, dass sie diese Anfrage schriftlich beantworten wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, dass wir die zur Beantwortung benötigten Stunden mitschreiben, um die Kosten der Beantwortung dieser beiden Fragen

transparent zu machen. Überschlagsmäßig werden Mitarbeiter zwei Monate an der Beantwortung arbeiten. Frau Kollegin, ob das zielführend ist, lasse ich dahingestellt. Aus meiner Sicht ist es knapp an der Grenze einer sehr weit ausgelegten Anfrage. Es könnte auch mit den Beamten gesprochen werden und diese Detailliertheit halte ich für übertrieben, da sie der Stadt Wels sehr hohe Kosten verursacht.

4. Anfrage von GR. Markus Hufnagl gemäß § 10 GOGR an StR. Peter Lehner betreffend Erweiterungen und Neubauten von Betrieben
(DI-Verf-150-2016)

GR. Markus Hufnagl hat folgende Anfrage an StR. Peter Lehner gerichtet:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Laut Pressemeldung in den OÖN vom 25. Oktober 2016 verhindert die Stadt Wels eine Erweiterung des max.center (Betreiber: Spar European Shoppingcenters) im Westen der Stadt. Ebenso wurde durch Sie in den WT1-Sommergesprächen erwähnt, dass weitere Unternehmen Interessen an einem neuen Standort bekundet haben. Als Beispiele nannten Sie REWE und Lidl.

Daher folgende Fragen:

1. Welche gewünschten Erweiterungen bzw. Neubauten sind Ihnen bekannt?
2. Warum bzw. mit welcher Begründung wird diesen Unternehmen die Erweiterung bzw. die Neueröffnung verweigert?

StR. Lehner hat bekannt gegeben, dass er diese Anfrage mündlich beantworten wird. Allerdings können zwei Fragen leicht mündlich beantwortet werden. Das sieht bei 45 Fragen schon anders aus.

StR. Lehner: Herzlichen Dank für die zwei Fragen, weil ich dadurch die Gelegenheit habe, das Thema der Erweiterung von Geschäftsflächen in der Stadt Wels zu beleuchten.

Zur Frage, welche gewünschten Erweiterungen bzw. Neubauten sind Ihnen bekannt, gehe ich davon aus, Sie meinen welche mir bekannt sind, die wir als Stadt Wels nicht unterstützen. In der Römerstraße findet in den nächsten Wochen eine Bauverhandlung für einen Nahversorger statt. Andere Projekte in der Stadt finden ebenfalls die Unterstützung des Gemeinderates.

Nicht diese Unterstützung finden Erweiterungen bzw. Neubauten, die einer Neuwidmung bedürfen. Dafür gibt es ganz konkret eine rechtliche Grundlage. Mir ist der Wunsch der Spar-Gruppe, das max.center zu erweitern, bekannt. Auch der Firma Lidl, die im Standort Wels-West einen Standort aufbauen möchte, um in Wels präsenter zu sein. Vor Jahren gab es von der REWE-Gruppe immer wieder den Wunsch auch im Westen der Stadt einen Merkur-Markt zu errichten. Das ist derzeit nicht aktuell. Andere Widmungswünsche sind mir nicht bekannt. Ich denke diese Anfrage war in diesem

Zusammenhang gemeint, wer eine Widmung bräuchte, sie aber von der Stadt Wels nicht bekommt.

Warum erteilt der Gemeinderat der Stadt Wels diesen Erweiterungswünschen eine Absage? Wir beschlossen am 29.02.2016 mit der einen Stimme der NEOS ein Örtliches Entwicklungskonzept und dieses sieht ganz klar vor, dass es in der Stadt Wels keine weitere Widmung im Bereich der Geschäftsflächen gibt. Daher der langfristige Plan - das ÖEK ist auf einen Zeitraum von 10 Jahren ausgelegt – und daher gibt es diese Festlegung des Gemeinderates der Stadt Wels keine zusätzlichen Widmungen mehr zu unterstützen.

Wir wissen aber auch und ich möchte das nicht als Ausrede gebrauchen, dass es immer wieder Änderungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes gibt, wenn dazu fachliche Begründungen vorliegen. Im Bereich der Geschäftsflächen möchte ich erwähnen, dass wir in der Stadt Wels derzeit ca. 260.000 m² Handelsfläche zur Verfügung haben. Eine Flächenanzahl, die am Ende des Tages von den Konsumenten bezahlt werden muss. Wir liegen damit österreichweit an der Spitze. Auch im Interesse des Bodenverbrauchs sollten wir hier keine zusätzlichen Widmungen mehr durchführen – zumindest nicht in absehbarer Zeit.

StR. Lehner zeigt eine Karte, auf der die Flächen eingezeichnet sind, die zwar widmungskonform sind, derzeit aber nicht widmungskonform verwendet werden. Darunter sind Flächen jenseits der 20.000 m², die zwar eine Widmung als Geschäftsfläche haben, aber derzeit nicht als Geschäftsfläche genutzt werden. Das sind wunderschöne leerstehende Schuhkartons, die sich im Stadtgebiet befinden und alles andere als attraktiv sind. Um hier einen gewissen Druck zu erzeugen, ist es durchaus sinnvoll, keine zusätzlichen Widmungen mehr durchzuführen.

Als weiteres Argument, warum wir was tun, möchte ich die Cima-Studie aus dem Jahre 2012 anführen. Eine Studie, die sich mit der Kaufkraftbindung und der Handelslandschaft in der Stadt Wels befasste. Das Ergebnis war ein Überangebot an Flächen bzw. Probleme in den Stadtteilen mit entsprechenden Leerständen. Aus dieser Sicht heraus sollen wir keine zusätzlichen Widmungen mehr durchführen. Ich stelle diese Cima-Studie – sie wurde vor dem Einzug der NEOS in den Gemeinderat erstellt – gerne den NEOS zur Verfügung.

Es ist uns in den letzten Monaten mit großem Einsatz gelungen die Leerstandsquote in der Innenstadt und in anderen Bereichen der Stadt zu reduzieren. Wir schafften es speziell die Einzelunternehmer zu motivieren ein Risiko zu übernehmen und ihre eigenen Geschäftsideen und Visionen in der Stadt Wels zu realisieren. Das ist in einer Stadt möglich, aber nicht in einem Einkaufszentrum. Dort finden sie nicht die Handwerker, so wie die Frau Baumberger, die am Stadtplatz eine Keramikwerkstätte eröffnete, sondern die Filialisten. Uns als Stadt Wels und mir als Wirtschaftsreferent ist es wichtig individuelle Persönlichkeiten bzw. Menschen mit Ideen zu unterstützen, die gegen das Internet und gegen den Druck der Großen am Markt bestehen können. Der Handel verändert sich dramatisch. Das Internet hat enorme Zuwachsraten. Von diesen Zuwachsraten in Mitleidenschaft gezogen werden genau diese großen Filialbetriebe an den Stadträndern. Daher haben wir als Stadt gemeinsam mit dem Gemeinderat im ÖEK festgelegt, keine zusätzlichen Geschäftswidmungen mehr an der Peripherie zulassen.

Ich denke und bin voll überzeugt, es ist die richtige Entscheidung für diese Stadt die individuellen Händler zu unterstützen, damit das Angebot in der Stadt weiterhin attraktiv bleibt, um die Kaufkraft, wie in der Cima-Studie belegt, in unserer Stadt zu binden. Wir sollen hier mit großer Sorgfalt weiter vorangehen, damit Wels als Wirtschaftsstandort durch viele individuelle wirtschaftliche und unternehmerisch tätige Personen die Attraktivität behält.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Fragebeantwortung.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Umbau des Hauses in der Magazinstraße 5, Wels, in ein Heim für beeinträchtigte Personen;
Resolution an die Oö. Landesregierung
DI-Verf-2022-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 aufgelegten Antrag.

Vzbgm. Huber: Grundsätzlich sieht die SPÖ-Fraktion jeglichen Vorstoß der Stadt Wels mehr für Menschen mit Beeinträchtigung zu tun, mehr für Menschen nach dem Chancengleichheitsgesetz zu tun, äußerst positiv. Schon in meiner Zeit als Sozialreferentin gab es immer wieder Unterstützung bei der Umsetzung von derartigen Einrichtungen. Zuletzt war ich mit StR. Peter Lehner im Gasthof Auerhahn, wo es eine Umstrukturierung und eine Anrainerversammlung gab. Jetzt gibt es dort 14 vollbetreute Wohnplätze für Menschen nach dem Chancengleichheitsgesetz. Da gab es konkrete Konzepte.

Bevor wir das Land auffordern das Haus Magazinstraße 5 einer Prüfung zur Nutzung für Menschen mit Beeinträchtigung zu unterziehen, sollten wir meiner Meinung nach wissen, was wir wollen. Es gibt dort 72 Plätze. Wen wollen wir dort genau betreuen? Psychisch Kranke, Sucht- und Drogenerkrankte, Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung, Menschen mit geistiger Beeinträchtigung, Spastiker oder Menschen mit Down-Syndrom? Diese Menschen fallen alle ins Chancengleichheitsgesetz und werden dort erfasst. Was ist mit den derzeit 72 Bewohnern im Haus Magazinstraße und mit den 52 Bewohnern im Leopold-Spitzer-Heim vorgesehen? Das neue Ersatzquartier in der Hans-Sachs-Straße fasst nur 72 Bewohner. Wie sieht ein Konzept zur Versorgungssicherheit der älteren Generation aus? Es sind hier noch viele Fragen offen.

Im § 7 GOGR heißt es, dass eine Dringlichkeit gegeben ist, wenn eine spätere Befassung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann und die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf. Das sehe ich hier nicht und ich denke mir, mit etwas konkreteren Vorstellungen, mit einem Konzept, haben wir mehr Chancen beim Land Oberösterreich.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

26 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)
gegen 10 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Verbleib der
"Radarabteilung" beim Stadtpolizeikommando Wels; Resolution an das
Landespolizeikommando Oberösterreich
DI-Verf-2023-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit mit

33 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, SPÖ-Fraktion + NEOS)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Nutzung der
ehemaligen Landesfrauenklinik als Registrierstelle für Asylangelegenheiten; Resolution
an den Bund und das Land Oberösterreich
DI-Verf-2024-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhalt des
eigen-ständigen Arbeitsinspektorates in Wels; Resolution an das Bundesministerium für
Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
DI-Verf-2025-2016

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 4 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl stellt fest, dass diese Dringlichkeitsanträge am Ende der Sitzung behandelt werden und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

DI. Ernst Inführ, Wels, Alois-Auer-Straße 16;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-5-2016

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 21.10.2016:

Herrn DI. Ernst Inführ, wh. Wels, Alois-Auer-Straße 16, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Mag. Leo Ludick, Wels, Birkenstraße 6;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER
BdB-6-2016

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 21.10.2016:

Herrn Mag. Leo Ludick, wh. Wels, Birkenstraße 6, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Aufschließungsstraße „Oberthan – Wimpassing“, ergänzender Grundbedarf 1. Bauetappe, Straßengrundbedarf für die
2. Bauetappe
DI-LV-46-2012
DI-LV-7-2015

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 21.10.2016:

Für die Schaffung der Aufschließungsstraße „Oberthan - Wimpassing“, die Adaptierung der angeschlossenen Nebenstraßen für den Autobahnanschluss Wels Wimpassing werden folgende Grundtransaktionen bewilligt:

1. Grundtausch zwischen der Stadt Wels und Frau Ulrike Gruber im Bereich der Verbindungsstraße zur Getreidestraße (Restgrundstück der Stadt Wels östlich der Getreidestraße im Ausmaß von 377 m² gegen 437 m² aus dem Grundstück Nr. 447).
2. Für die Aufschließungsstraßen werden aus Grst. Nr. 243/5 und 243/1 der WBA Grundflächen im Gesamtflächenausmaß von 2.907m² in das öffentliche Gut abgetreten. Für Grundabtretungen im Ausmaß von 1.750 m² ist hierbei ein Preis von € 85,00 pro Quadratmeter zu zahlen, sohin ein Betrag von € 148.750,--. Das verbleibende Flächenausmaß von 1.157 m² wird unentgeltlich abgetreten.
3. Aus dem WBA-Grst. Nr. 518/2 im Gesamtflächenausmaß von 2.729 m² erfolgt ein Grunderwerb zum dem Gutachten entsprechenden m²-Preis von 60,59 €/ m². Daraus resultiert ein Entschädigungsbetrag von € 165.350,11. Die angrenzenden Grundabtretungen (vormals Grdst. Nr. 533/15, 533/12, 533/9 und 533/6 bei Pierer Immoreal und ARL Leasing/Lutz) im Ausmaß von 1.692 m² und 990 m² wurden bereits von der WBA unentgeltlich abgetreten.
4. Für die Adaptierung und Sanierung der Fernreither Straße wird eine Grundabtretung aus den benachbarten Grundstücken von Elfriede Jungreithmair (1.145 m²), Johann Essl (114 m²), Johann Garstenauer (124 m²) und Ernst Silber (90 m²) vorgenommen. Als Gegenleistung erhalten Jungreithmair und Essl den zwischen ihren Grundstücken gelegenen, auflassbaren Feldweg Grst.Nr. 1703 (1.297 m²) im Tauschwege. Die Nachbarn Ernst Silber und Johann Garstenauer erhalten für ihre Grundabtretung (214 m²) eine Entschädigung von € 25,-- pro Quadratmeter (Barkosten: € 5.350,--).
5. Die vom Nachbarn Johann Garstenauer beantragte Restflächeneinlöse für die von seinem Grundstück Nr. 506 (jetzt als Grst. 506/2) abgetrennte dreiecksförmige Fläche von 444 m² wird zum Preis von € 51,50/m² genehmigt (Gesamtgrundkosten: € 22.866,--).
6. Der ergänzende Grundbedarf aus Grst.Nr. 276/4 (Schobersberger) im Bereich des Kreisverkehrs mit der Innbachtal-Landesstraße im Ausmaß von 114 m² wird zum Preis von € 26,--/m² zzgl. € 1,95 Wiederbeschaffungskosten eingelöst (gesamt: € 3.186,30).
7. Nebenkosten Erwerbsvorgänge P. 1-6 (Vermessung, Gutachten, Gebühren) € 15.000,00.
8. Der Erwerb der für die Forstsetzung der Aufschließungsstraße notwendiger Grundflächen wird zum ermittelten Preis von insgesamt € 54.550,-- genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, SPÖ-Fraktion + NEOS)
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Simunovic und GR. LAbg. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungs-punkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

eww ag; Erklärung der Stadt Wels zu den Verträgen
bezüglich Verkauf Wasserwerk und Kanal -
einseitiger Verzicht
FD-BetM-1-2016

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidualausschuss am 21.10.2016:

1. Die Stadt Wels verzichtet gemäß Punkt XI. des Vertrages über den Verkauf des Wasserwerkes vom 01.07./07.07.1983 darauf, dass die eww ag das Einvernehmen mit der Stadt Wels in den darin angeführten Punkten sucht. Der einseitige Verzicht bis auf Widerruf durch die Stadt Wels gemäß Anlage 1 wird genehmigt.
2. Die Stadt Wels verzichtet gemäß Punkt XIII. des Vertrages über den Verkauf des Kanalnetzes und –betriebes vom 23.12.1993 darauf, dass die eww ag das Einvernehmen mit der Stadt Wels in den darin angeführten Punkten herstellt. Der einseitige Verzicht bis auf Widerruf durch die Stadt Wels gemäß Anlage 2 wird genehmigt.

GR. Wildfellner: Wir wissen, dass diese Vereinbarung nicht mehr zeitgemäß ist, aber wir möchten trotzdem im Sinne der Welser Bevölkerung diese auf der politischen Ebene beibehalten und werden dem nicht zustimmen.

GR. Mag. Sönsler: Auch wir haben diese Bedenken. Insbesondere geht es uns darum, nicht in das Unternehmen einzugreifen. Diese Überlegung ist richtig, denn im operativen Ablauf eines Unternehmens hat die Politik nichts verloren. Wir haben Bedenken im Hinblick darauf, keinen Einfluss auf die Tarifgestaltung mehr zu haben und deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Am Ende haben wir als Stadt keinen Einfluss mehr auf die Preispolitik der ewwag, der Wels Strom usw. Wenn ich mir in einem Szenarium überlege: Einem Aufsichtsrat, der als Aufsichtsrat dem Unternehmen zweckverbunden ist, wird die Frage gestellt, ob er für eine Preiserhöhung ist, dann ist das etwas anderes, als wenn ein Mitglied des Gemeinderates oder Stadtsenates sagt, er sei gegen eine Preiserhöhung, weil das die Bevölkerung überbeansprucht. Wir wollen uns nicht die Chance nehmen gegen Preiserhöhungen in den Versorgungsbereichen zu sein - deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Dazu ein paar Aufklärungen – meine Ausführungen sind vielleicht nicht richtig verstanden worden. Sämtliche Preisanpassungen, Bauprogramme etc. werden derzeit im Aufsichtsrat der ewwag beschlossen. Bekanntlich sind in diesem politische Vertreter (auch von der SPÖ-Fraktion Mag. Brenner-Nerat) - alle im Stadtsenat vertretenen Fraktionen haben die Möglichkeit dort Personen zu nominieren.

Wenn wir der Meinung sind, dass es tatsächlich Maßnahmen von Seiten der ewwag gibt, die uns nicht passen, wie beispielsweise eine Erhöhung der Wassergebühren um 20 % anstelle der Indexanpassung, dann hätten wir unverzüglich die Möglichkeit diesen Verzicht zu widerrufen und zwar am gleichen Tag. Das heißt, wir, die Stadt Wels und die zuständigen Gremien können unverzüglich diesen Verzicht widerrufen und haben sofort wieder volle Einflussmöglichkeit. Ich halte es in Anbetracht der Zeit mit den derzeitigen sehr raschen wirtschaftlichen Abläufen für übertrieben, dass die Stadt Wels sich mit dem Bauprogramm, der Neuversetzung genereller privatrechtlicher Entgelte und sogar mit der Bestellung leitender Angestellten im Wasserwerk auseinandersetzt.

Das hat in der Vergangenheit reibungslos funktioniert. Die Wasserpreise wurden an den Index angepasst. Dazu gibt es einen Gemeinderatsbeschluss. Es gab in den letzten 15 oder 16 Jahren keine einzige Diskussion darüber, dass Indexpreiserhöhungen nicht vorher mit der Stadt abgesprochen und im Aufsichtsrat entsprechend akkordiert worden wären. Ich kann daher nicht nachvollziehen, worin diese Ablehnung begründet ist. Es ist übrigens auch unrichtig es hat irgendetwas mit den Preisen der Wels Strom zu tun, denn es geht hier rein um einen Beschluss, den die ewwag betrifft. Im Aufsichtsrat wurde dieses Thema entsprechend behandelt.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

23 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion + NEOS)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
bei 10 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

5.)

Aufhebung der Wasserleitungs-Anschlussbeitragsordnung 1977, Wasserbezugsgebührenordnung 1977, Kanal-Anschlussbeitragsordnung 1986 und Kanalbenützungsgebührenverordnung 1977
FD-StV-9-2016, miterl.: FD-StV-11-2016

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 21.10.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügten Verordnungen, mit denen die Wasserleitungs-Anschlussbeitragsordnung 1977, Wasserbezugsgebührenordnung 1977, Kanal-Anschlussbeitragsordnung 1986 sowie die Kanalbenützungsgebühren-Verordnung 1977 der Stadt Wels aufgehoben werden, beschließen.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion+ NEOS)

angenommen.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2016

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 21.10.2016:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

GR. Hufnagel: Ich hätte eine organisatorische Frage zu Punkt 8 der Kreditoperationen betreffend Genehmigung der Mittel für die Videoüberwachung. Wir führen heute darüber ja später noch eine dementsprechende Debatte. Macht es Sinn vorab die Mittel zu beschließen und danach erst über das Thema zu diskutieren? Für mich macht das von der Reihenfolge her keinen Sinn.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir werden das Thema Videoüberwachung beim Tagesordnungspunkt 10. auch inhaltlich noch entsprechend zu würdigen wissen. Aber jetzt geht es um die 160.000 Euro, die diese zusätzlichen Kameras kosten. Diese 160.000 Euro sollen aus jenen Erlösen genommen werden, die durch den Verkauf der Sparkassenanteile hereingekommen sind. Seinerzeit sagten wir, dass der Großteil dieses Erlöses zur Abdeckung von Schulden verwendet werden soll und darüber hinaus für wichtige Investitionen. Es war nicht die Rede, dass derartige Anschaffungen aus diesem Topf bezahlt werden sollen.

Wir sind außerdem der Meinung, dass es keinerlei Veranlassung für eine zusätzliche Videoüberwachung gibt. Wels ist nach wie vor nicht Chicago geworden. Es ist ein teures Hobby der FPÖ hier weitere Kameras aufzustellen. Das wollen wir nicht mitfinanzieren und deshalb wird es von unserer Seite keine Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt geben.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Gemeinderat Hufnagel, wir stimmen auch regelmäßig über das Budget ab – voriges Jahr sogar über ein Zweijahresbudget. Dortige Maßnahmen werden erst in zwei Jahren verwirklicht (2016/2017) und trotzdem fassen wir erst später die Sachbeschlüsse. Weil jemand im Budget seine Zustimmung erteilt heißt das nicht, dass er auch dem Sachbeschluss seine Zustimmung erteilt. Wir haben das Jugendzentrum Noitzmühle im Budget mit ihrer Zustimmung bereits budgetiert, trotzdem gibt es dazu noch keinen Sachbeschluss. Dieser wird erst zu fassen sein, wenn die Vorbereitungen im ausreichenden Ausmaß vorhanden sind. Insofern kann ich das relativieren, es kommt öfter vor im Budget etwas zu beschließen und der Sachbeschluss wird erst später umgesetzt. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, weil es sich dabei um Sammelpositionen handelt und wir können nicht über jede einzelne Budgetposition konkret und alleine abstimmen. Eine Zustimmung zum Budget bedeutet aber nicht, dass man automatisch zu jeder einzelnen Budgetposition in der Folge zustimmt. In diesem Sinne verstehe ich ihre Ausführungen.

Bei der Schuldentilgung, Herr Mag. Teubl, haben wir ganz klar festgelegt, dass ein Großteil in die Schuldentilgung läuft. Dazu gibt es einen entsprechenden

Gemeinderatsbeschluss und ich glaube, dieser wurde auch von den GRÜNEN mitgetragen. Hier ist ganz genau festgehalten, wie viel wir für die Schuldentilgung verwenden, wie viel wir für weitere Investitionen und den Rest für wichtige Investitionen heranziehen. Aus meiner persönlichen Sicht ist die Videoüberwachung sehr wohl eine wichtige Investition. Die diesbezügliche Diskussion werden wir uns für den Tagesordnungspunkt 10. aufbehalten.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

7.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2016

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 21.10.2016:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber. Bgm. Dr. Rabl verlässt den Sitzungssaal.

Vzbgm. Huber: Zu den Tagesordnungspunkten 8. und 9. hat der Gemeinderat über zwei Bescheide zu beraten und zu beschließen, die personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes beinhalten. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Öffentlichkeit zu den Tagesordnungspunkten 8. und 9. ausgeschlossen wird.

Bevor wir darüber abstimmen, bitte ich die Zuhörer, die Medienvertreter für diese zwei Tagesordnungspunkte den Saal zu verlassen. Das ist leider so vorgesehen und ich ersuche sie um Verständnis!

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 15.58 bis 16.00 Uhr unterbrochen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

8.)

Mitteilung des Bürgermeisters vom 12.05.2016
Vorzeitige Abberufung; Berufung
RMB-PersR-002-2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

9.)

Mitteilung des Bürgermeisters vom 12.05.2016
Nicht-Weiterbestellung; Berufung
RMB-PersR-003-2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Nach der nicht öffentlichen Behandlung der Tagesordnungspunkte 8. und 9. wird der öffentliche Teil der Sitzung des Gemeinderates fortgeführt.

Vzbgm. Huber bedankt sich bei den Zuhörern für ihr Verständnis und übergibt den Vorsitz an den nach der Sitzungsunterbrechung wieder anwesenden Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

10.)

Videoüberwachung in Wels durch die Landespolizeidirektion OÖ
DI-Präs-2053-2016

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 18.10.2016:

1. Der Gemeinderat der Stadt Wels nimmt die im Amtsbericht beschriebene Vorgehensweise betreffend Kauf, Installation, Betrieb und Übertragung der Videoüberwachungsanlagen in der Stadt Wels an den drei angeführten Standorten in der Höhe von € 160.203,56 brutto zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat der Stadt Wels nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die laufenden Stromkosten durch die Stadt Wels im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung bzw. der Verkehrslichtsignalanlagen getragen werden.

GR. MMag. Rumersdorfer: Die hohen Kosten von rund 160.300 Euro wurden bereits angesprochen. Diese waren nicht budgetiert und müssen nun aus dem Erlös des Verkaufs der Sparkassenanteile genommen werden. Brauchen wir diese Ausweitung der Videoüberwachungsanlage wirklich? Vor einigen Jahren hatten wir den sehr teuren DESSI-Prozess, bei dem herauskam, dass die Videoüberwachung für die in Wels bestehenden Probleme (Drogen, Sachbeschädigung) nicht zielführend ist. Es wäre mehr Polizeipräsenz und Präventionsarbeit zielführender. Erst beim letzten Sozialstammtisch haben sich die Sozialträger mehr Budget für die Schulprävention im Bereich Drogen und Gewalt gewünscht. Diese 160.300 Euro könnten für solche Maßnahmen hergenommen werden.

In den Nachrichten las ich, dass auch Stadtpolizeikommandant Hübner die Videoüberwachung nicht als sehr zielführend sieht, weil sich die bestehende Drogenproblematik einfach eine Straße weiter verschiebt. Wenn die Videoüberwachung die Gewalt oder die Drogenproblematik eindämmen würde, würde es beispielsweise in London keine Gewaltdelikte mehr geben, denn die ganze Stadt London wird videoüberwacht.

Thema FreiRaum – Altstadt 8: FreiRaum heißt FreiRaum, weil es ein freier Raum ist und nicht überwacht werden soll. Die Kameras hier aufzuhängen ist meiner Meinung nach absurd, obwohl von diesem Standort aus die beste Sicht auf die Hafergasse besteht. Ist jedoch weiterhin die Niederschwelligkeit gewährleistet? Dort lernen Flüchtlinge die deutsche Sprache, es gibt die Suppenküche, wo sich arme Personen treffen, es gibt Philosophieabende. Auf dem FreiRaum eine Kamera aufzuhängen, finde ich alles andere als witzig.

Schade, dass man vorher Unsicherheit schüren muss, damit man Kameras aufhängen kann. Es gibt ein subjektives Unsicherheitsgefühl, aber ich glaube hier könnte und sollte man anders vorgehen als Videokameras aufzuhängen. Big brother is watching you – die FPÖ is watching you – wie auch immer! Wir werden daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Hufnagl: Von der Politik wünsche ich mir faktenorientierte Entscheidungen. Das wünscht sich auch die Bevölkerung. Sehen wir uns die Tatsachen an: Seit Installation der Kameras wurden 10 Delikte aufgenommen. Von diesen wurden 5 aufgeklärt. Prinzipiell gut, aber Stadtpolizeikommandant Klaus Hübner sagt, dass diese Delikte aufgeklärt wurden basiert auf Zufällen. Warum? Weil die Kameras nur einen gewissen Ausschnitt zeigen, darum ist es Zufall, wenn ein Delikt aufgezeichnet wird oder nicht.

Auch die Polizei sagt, es gibt verschiedene Arten von Delikten. Zum einen die Drogendelikte – diese verlagern sich einfach. Ein Drogendealer weiß wo eine Kamera hängt und geht in den nächsten Hinterhof, in die nächste Straße, weicht in andere Stadtteile aus – das ist völlig logisch. Dann gibt es auch Delikte, die durch Kameras nicht verhindert werden können. Beispielsweise wenn zwei Personen betrunken sind und es kommt zu einer Schlägerei, dann überlegen diese sich bestimmt vorher nicht, ob eine Kamera aufgehängt wurde oder nicht. Diese Delikte wird man deswegen nicht verhindern können.

So gesehen bringt das unserer Meinung nach sehr wenig. Jetzt könnten wir aber sagen, die Sicherheitslage in Wels hat sich generell verschlechtert, deswegen müssen wir die ganze Stadt Wels mit Videokameras überwachen. Das machen wir hoffentlich nicht, es

hat ja datenschutzrechtliche Gründe. Sehen wir uns die Sicherheitslage an: So gab es letztes Jahr den Sicherheitsbeirat, in dem alle Parteien vertreten waren. Damals hörten wir, dass die Sicherheitslage in Wels sich seit dem Jahr 2013 nicht verschlechterte, also ziemlich konstant blieb. Weiters hörten wir, dass sich die Zahl der Raubüberfälle sogar halbiert hat und die Zahl der Einbrüche gleich blieb. Es gibt viele Einbrüche, ja, das will ich nicht verharmlosen, aber die Videokameras in der Stadt helfen uns jetzt nicht bei den Einbrüchen in Wohnhäusern.

Klar ist, jedes passierte Verbrechen ist eines zu viel – das ist keine Frage. Wir NEOS unterstützen jegliche Maßnahme, die die Sicherheitslage in Wels generell verbessert. Wir sind derselben Meinung wie die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion – es müsste mehr Polizeipräsenz auf der Straße sein. Das ist für mich das Allerwichtigste, das hilft auch den Stadtteilen, nicht nur der Innenstadt.

Beim vorherigen Beschluss stimmten wir dagegen 160.000 Euro für die Videoüberwachung auszugeben. Wir machen Einsparungen, wir suchen fieberhaft nach irgendwelchen Euros, die wir in der Stadt Wels irgendwo einsparen können. Wir sparen bei der Bildung ein, bei der Kultur und dann geben wir ungeplant 160.000 Euro für eine weitere Videoüberwachung aus, wo die Polizei sagt, diese macht keinen Sinn. Das verstehe ich nicht!

Die FPÖ-Fraktion sagt ja selbst, die Videoüberwachung hebt das subjektive Sicherheitsgefühl. Was auch das subjektive Sicherheitsgefühl heben würde ist, wenn man einfach die Sicherheitslage in Wels nicht immer nur schlecht redet. Das wäre auch wichtig! Von einer faktenbasierten Politik würde ich das verlangen.

Persönlich geärgert hat mich der gerade im Kino laufende Film des Magistrates der Stadt Wels, in dem gepriesen wird, welche Verbesserungen man im Bereich der Sicherheit machte. Dieser suggeriert, dass Wels das notwendig hat. Wels hat es nicht so notwendig! Ich finde es schlimm, wenn man mit Steuergeldern anstatt das Sicherheitsgefühl zu heben Unsicherheit in die Bevölkerung bringt.

Bei solchen Entscheidungen, wie die Videoüberwachung auszuweiten, bin ich vorsichtig. Auch aus dem Grund, dass wir nicht London werden wollen. Mir ist die Erhaltung einer gewissen Privatsphäre wichtig. Das Wort Videoüberwachung beinhaltet nun einmal das Wort „Überwachung“. Wer möchte schon in einem Überwachungsstaat leben? Ich nicht! Darum werden wir gegen den Antrag stimmen.

StR. Lehner: Bei Markus Hufnagl darf ich sogleich anschließen. Einerseits wünscht er sich mehr Polizei auf der Straße, andererseits sieht er Wels als äußerst sichere Stadt. Auch wir als ÖVP wünschen uns mehr Polizeipräsenz in den Straßen. Deshalb ist es notwendig die Polizei nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen. Durch die innerstädtischen Videoüberwachungsanlagen können wir einerseits die Polizei bei der Aufklärung von Straftaten unterstützen. Andererseits ist es das beste Argument, um für die Bevölkerung etwas zu tun und um Investitionen zu tätigen. 160.000 Euro sind sicher viel Geld. Aber jeder von einer Straftat Betroffene weiß, wenn es um die Sicherheit geht, sind einfach Investitionen notwendig.

Der Standort Altstadt 8 ist ideal. Dieser beweist, dass Demokratie und Offenheit vor allem Sicherheit braucht. Ich sehe darin keinen Widerspruch, wenn ein oder zwei Beamte theoretisch die Möglichkeit haben bei einem der vielen Bildschirme zu sehen,

dass sich etwas im FreiRaum tut. Es ist sehr positiv im Bereich der Altstadt etwas zur Aufklärung der Dinge beizutragen. Es wird kein Mensch hier Personen, Vorgänge in der Altstadt oder Bewegungen überwachen. Speziell im Bereich des Suchtdelikttes wird nicht geschaut, ob gedealt wird. Das lässt sich in Wirklichkeit nicht überprüfen, sondern eher Gewalttaten oder Anzeigen. Dazu braucht es eine Videoüberwachung. Diese schützt den Einzelnen und es gewährleistet auf der anderen Seite die individuelle Freiheit, weil Freiheit das wichtigste Gut der Bürger ist. Diese Freiheit braucht Sicherheit in unserer Stadt.

Bei der Videoüberwachung in der gewählten Form - alle 48 Stunden werden die Bänder gelöscht, in Wels bzw. in Linz kontrolliert ein Beamter die Monitore auf grobe Auffälligkeiten - sehe ich das nicht als klassischen Polizeistaat, nicht als „der Staat wacht über uns“. Sondern der Staat versucht alles, um unsere Sicherheit zu gewährleisten.

Wir wünschen uns mehr Polizei auf der Straße. Bei der Ordnungswache haben wir nicht die Möglichkeit, diese mit Kompetenzen auszustatten. Das verbietet uns der Gesetzgeber. Daher müssen wir andere Maßnahmen, andere Lösungen unterstützen. Die Videoüberwachung ist eine solche Möglichkeit. Als Familienvater, Vater von Kindern, die in der Innenstadt ausgehen, bin ich froh zu wissen, wenn ich sie vom Stadtplatz abhole, dass der Weg vom Innenstadtlokal bis zum Fahrzeug überwacht und auf diesem Weg höchstwahrscheinlich nichts passieren wird. Es geht um Prävention Dinge zu verhindern, Dinge zu vermeiden. Das wünsche ich mir für meine Kinder und für alle anderen Welserinnen und Welser, die die Altstadt zum Fortgehen nutzen.

GR. Stojanovic, BSc: Es gibt Studien von Herrn Professor Friedrich Lösel, der sagt, dass die Videoüberwachung 21 % Reduktion der Verbrechen bewirkt. Somit finde ich, dass nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert, sondern auch objektiv eine Verringerung der Kriminalität herbeigerufen wird. Die Videoüberwachung soll ein präventives Instrument sein, wie bereits von Herrn Stadtrat angesprochen. D.h., dass Täter vor kriminellen Handlungen abgeschreckt und in weiterer Folge Taten oder Vorfälle geprüft werden. Daher ist die Erweiterung der Videoüberwachungsanlagen ein sinnvoller Schritt für Wels.

Sehr geehrte Frau Kollegin MMag. Rumersdorfer! Nur weil die Kamera jetzt am Gebäude von FreiRaum installiert wird, heißt das nicht, dass die dort ein- und ausgehenden Personen kontrolliert oder überwacht werden. Immerhin werden die Daten nach 48 Stunden gelöscht. Nein, nicht die FPÖ beobachtet die Personen, sondern die Landespolizeidirektion Oberösterreich.

Wer noch immer sagt, dass Videoüberwachung nichts bringt, verleugnet einfach die Tatsachen. Verleugnung bringt uns allen nichts. Wir müssen für unsere Bürger in Wels Maßnahmen ergreifen. Klar ist: Die Videoüberwachung allein ist nicht die Lösung. Hier bedarf es mehr Polizei, mehr Fußstreifen in der Stadt, damit die Kriminalität stärker gesenkt wird.

Nicht nur als Gemeinderätin sondern auch als Frau möchte ich sagen, dass ich selber mit einem vollkommen anderen Gefühl in der Innenstadt - vor allem am Abend - mich bewege mit dem Hintergedanken, dass die vorhandene Videoüberwachung eventuell die kriminellen Handlungen vorbeugt bzw. diese in Zukunft abgeklärt werden können.

Sicherheit ist uns wichtig, deswegen stimmen wir der Installierung von zusätzlichen Videoüberwachungskameras in der Innenstadt zu.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir bewegen uns in einer Zeit von Facebook, Twitter, surfen im Internet, Handy-Überwachung. Durch die Nutzung dieser modernen Technologien mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass wir sehr überwachbar sind bzw. alles abrufbar ist. Wir wissen gerade bei Ermittlungen im Bereich von Delikten führt die Handyüberwachung immer wieder zur Täterüberführung. Diese Dinge akzeptieren wir.

Über diese Videoüberwachung sagte der Stadtpolizeikommandant Hübner: „10 Delikte sind nicht viel. In der Innenstadt passiert viel mehr, wenn jemand emotional aufgeheizt ist, lässt er sich auch von Kameras nicht abschrecken.“ Er hat damit die Grundlage der jetzigen Initiative in Frage gestellt. Es ist schon sehr waghalsig interpretiert, wenn du sagst lieber Gerhard, die Polizei steht hinter der Videoüberwachung. Warum sie dahinter steht, findet man in einem kurzen Gespräch sofort heraus. Der Grund ist, der Polizei entstehen dadurch keine Kosten. Die Stadt Wels übernimmt die Kosten der Kameras, sie zahlt für eine Kamera 40.000 Euro. Die bereits installierten Kameras erreichten – dies erwähnte auch der Stadtpolizeikommandant – nur ein sog. „Junkiejogging“. Jetzt finden sie diese Junkies nicht mehr auf den alten Plätzen, sondern zwei Straßen weiter - dort, wo keine Kameras installiert sind.

Mit dem Aufstellen der Kameras wird den Menschen eine Sicherheitsprävention vorgegaukelt. Es wird vorgegaukelt, dass es in der Stadt durch das Aufstellen der Kameras sicherer wird. Jeder, der sich die Situation genau anschaut weiß, dass es nur um Verdrängung geht, dass es nur darum geht, Menschen etwas einzureden, was damit nicht erfüllbar ist. Das ist Sicherheitsaktionismus, der viel zu teuer ist. Wenn wir in einer Stadt leben, in der das Postulat des Sparens so vor uns hergetrieben wird, wäre es angebracht im Bereich der Sicherheit Maßnahmen zu ergreifen und Dinge zu tun, die sich auf die reale Sicherheitslage unserer Stadt auswirken. Die reale Sicherheitslage in unserer Stadt sagt nicht, dass „wir eine große Kamera darüber hängen und wir uns fürchten müssen“. Wäre ich in der Innenstadt Gewerbetreibender, wäre ich Lokalbetreiber und ich würde mir anschauen müssen, wie die Verantwortlichen dieser Stadt die Sicherheitslage durch einen Sicherheitsaktionismus schlechtreden und heruntermachen, dann würde ich mich um meinen Job in diesem Lokal fürchten. Weil – jeder von uns hat diese Erlebnisse - Menschen, die außerhalb von Wels wohnen, mittlerweile schon sagen, bitte treffen wir uns nicht in Wels, da kann man nirgendwo mehr hingehen. Das hat damit zu tun, dass im Wesentlichen die Situation schlechtgeredet wird.

Wenn wir wirklich wollen, dass die Sicherheit in der Stadt Wels unterstützt wird, geht es darum, dass wir die Initiativen der Polizei – sie fahren mehr Streifen, sie sind mehr zu Fuß unterwegs – beibehalten. Es gibt nur einen Weg – mehr Polizei auf den Straßen, mehr Polizei zu Fuß in der Innenstadt. Dann haben wir eine bessere Sicherheitslage. Die Videokameras sind ein reiner Sicherheitsaktionismus, der uns kein Stück weiter bringt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Unserer Meinung nach soll Politik Probleme lösen und nicht Probleme schaffen. Probleme lösen heißt im Zusammenhang mit Sicherheitspolitik darauf reagieren, wenn es Sicherheitsprobleme gibt. Faktenbasierte Politik nannte das Kollege Hufnagl – dem kann ich mich nur anschließen. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Die Fakten sagen, dass in Wels kein erhöhtes Sicherheitsproblem

herrscht. Ich werfe ihnen daher vor, meine Damen und Herren, dass sie Probleme schaffen. Warum schaffen sie Probleme? Sie haben durch eine fortgesetzte Politik der Verunsicherung ein subjektives Sicherheitsproblem ausgelöst, das nun zur Diskussion steht. Daran arbeiteten sie bereits jahrelang. Ich erinnere an die unzähligen Anträge auf Videoüberwachung in den letzten Jahren im Gemeinderat. Ich erinnere daran, wie immer wieder die Sicherheitssituation in Wels schlechtgeredet wurde. Das halte ich für eine populistische Politik, für eine Politik, die obendrein äußerst gefährlich ist. Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek sagte: „Ein Bürgerkrieg könnte uns drohen.“ Wer so etwas sagt, ist kein Sicherheitslandesrat sondern ein Verunsicherungslandesrat. Wenn ich mir anschau, wie Landeshauptmannstellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner im Bierzelt zum Wahlkampfauftakt zur Bundespräsidentenstichwahl mit einem Bierkrug in der Hand sagte: „Ich möchte, dass unsere Kinder, dass unsere Frauen wieder ruhig schlafen können.“ – Das ist Verunsicherung! Wer so Verunsicherung schürt, betreibt eine populistische Politik und keine faktenbasierte Politik.

Das ist der Kern der Angelegenheit. Wir müssen davon wegkommen dieses subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen weiter zu verletzen. Dieser derzeit auf Kosten der Stadt Wels ausgestrahlte Kinospot trägt nicht dazu bei das Sicherheitsgefühl zu heben, sondern verbreitet eher das Gefühl einer Bedrohung. Deshalb kann ich nur sagen, Herr Vizebürgermeister, auch sie sind kein Sicherheitsstadtrat sondern ein Verunsicherungsstadtrat – so kann man nicht Sicherheitspolitik machen! Es geht darum den Menschen die wirkliche Sachlage zu sagen und nicht eine Hysterie zu schüren, die man dann versucht mit irgendwelchen Maßnahmen wieder zu kalmieren, in dem man sich als Retter in der Not präsentiert. Denn genau das brauchen wir nicht. Wir brauchen Politik der Fakten, problemlösende Politik und keine Politik der Gefühle, keine problem-machende Politik.

GR. Mag. Simunovic: Ich bin weder für mehr Polizei noch für mehr Kameras in dieser Stadt, bin aber sehr wohl für viel mehr Sicherheit. Wie kann das funktionieren? Zusätzliche Kameras am Kaiser-Josef-Platz oder in der Ringstraße werden nicht mehr Sicherheit in die Stadt Wels bringen. Ich kenne viele Städte und viele Staaten, die auf Überwachung setzten. Dadurch entstand jedoch nicht mehr Sicherheit. Wir alle miteinander, alle Welserinnen und Welser, sollen unsere Rolle wahrnehmen und bewusster Leben, bewusster mit Informationen umgehen. Das würde uns weiterbringen. Ich kann nicht glauben, dass die Videoüberwachung zu mehr Sicherheit führen wird. Es werden nur ein paar Straßen überwacht. Was machen wir mit den anderen Straßen, mit den Parkanlagen, mit anderen Stadtteilen? Sollen wir überall Videokameras aufstellen? Das kann ich mir nicht vorstellen.

Selbst Vzbgm. Kroiß meinte, Überwachung alleine wird zu wenig sein. Mich wundert jedoch, dass er 160.000 Euro in die Hand nimmt und sagt, wir kaufen zusätzliche Videokameras – damit ist das Problem gelöst. Das wird jedoch nicht sein. Mein Appell an euch: Erarbeitung eines gut überlegten Konzepts für die Integration und Sicherheit in der Stadt Wels. Dann werden wir sehen welche Mittel und Methoden für mehr Sicherheit in Wels beitragen werden. Unsicher fühle ich mich in dieser Stadt nicht.

GR. Haböck: Kurz möchte ich die Möglichkeit nutzen mein Bedauern auszudrücken darüber, dass der Gemeinderat der Stadt Wels mit Frau Kollegin Mag. Mayerhofer eine vernünftige Stimme verliert. Ich befürchtete schon einen weiteren „Linksruck“ der GRÜNEN, aber so wie ich Herrn Kollegen Mag. Sönser kenne, ist auch er eher eine

Stimme der Vernunft. Deswegen herzlichen Willkommen hier im Gemeinderat, auf gute Zusammenarbeit!

GR. Mag. Sönser: Danke!

GR. Haböck: Zum Thema: Ein paar Dinge sollte man ins rechte Licht rücken. Politiker haben unterschiedliche Ansichten was der Staat leisten soll. Für die einen ist es, dass er das Leben der Menschen regeln soll, dass er Abläufe regeln soll usw. Für mich ist eines der vorrangigsten Aufgaben des Staates diejenige, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und sich darum zu kümmern. Das ist natürlich in Österreich Hauptaufgabe der Polizei, des Bundes und der Sicherheitsorgane. Aber auch die Stadt Wels hat hier eine Verantwortung, die sie wahrnehmen muss. Wir sind immer alle einig, wir wollen mehr Polizei, mehr Polizei auf der Straße. Dafür sind wir nicht zuständig. Wir können hier nur um mehr Polizisten bitten und verhandeln. Es wird das Problem nicht auf Anhieb lösen. Was wir als Stadt machen können, müssen wir als zuständiges Gremium auch tun.

Selber bin ich kein Freund der Videoüberwachung, nahm auch in den jahrelangen Verhandlungen und politischen Diskussionen dazu immer einen sehr kritischen Standpunkt ein, weil es natürlich Für und Wider gibt. Es gibt kaum ein Projekt mit nur positiven Seiten. Aber ich langte zur Erkenntnis, wir sollen das probieren und die Stadt Wels soll hier ihrerseits die Verantwortung übernehmen. Übrigens war es die SPÖ-Fraktion, die letztes Jahr im Juni ebenfalls den Schwenk vollzog und ein JA zur Videoüberwachung abgab. Damals wurden zwar auch die Kosten bekrittelt – diese darf man kritisieren, es handelt sich ja immerhin um Steuergeld – aber dass, was ich jetzt so höre, ist eine komplette Ablehnung des Ausbaues der Videoüberwachung. Also innerhalb eines Jahres (eines Wahljahres) ein kompletter Wechsel der Position.

Wenn hier immer gesprochen wird, es handelt sich um eine Verunsicherung der Bürger und eine Verunsicherung durch die Politik, so muss ich sagen, natürlich kann die Politik Einfluss nehmen auf die Stimmung. Aber ich persönlich halte die Bürger, vor allem die Welser, für mündig genug, sich nicht durch Aussagen eines Gemeinderates verunsichern zu lassen, sondern sich in ihrer alltäglichen Lebenspraxis eine Meinung und ein Gefühl zu bilden.

Wenn Kollege Reindl-Schwaighofer Angst hat, die Menschen haben eine so schlechte Meinung von Wels, weshalb sie nicht mehr in Wels fortgehen, muss ich dazu sagen, es scheint die SPÖ-Dominanz die letzten Jahre nicht so gut gewesen zu sein. Wenn das Gefühl der Bürger in Wels wirklich nur deswegen so schlecht wäre, weil ein paar FPÖ- und ÖVP-Politiker eine Videoüberwachung fordern, dann frage ich mich, wie letztes Jahr das Wahlergebnis zustande kam? Das sollte den Menschen zu denken geben, warum die Welser spüren, dass in dieser Stadt etwas nicht mehr in Ordnung ist. Dieses Gefühl haben sie Ausdruck verliehen bei der Wahl 2015.

Wir als ÖVP-Fraktion zogen unsere Lehren daraus. Wir erkennen was damals passierte. Deswegen werden wir unseren Teil in dieser Koalition beitragen, damit wir das Sicherheitsgefühl stärken. Die Stadt Wels kann nicht mehr Polizisten auf die Straße zaubern, sie kann nicht die Dienstpläne einteilen und sie kann nicht die Bürokratie des Polizeidienstes verändern. Aber sie kann den Bürgern zeigen, wir werden hier in der Innenstadt das tun, was getan werden muss. Über die Aussage „Wels darf nicht London werden“ bin ich sogar leicht amüsiert.

Die ÖVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Die Kosten sind natürlich nicht niedrig. Um das Ganze ein bisschen in Verhältnis zu setzen: 160.000 Euro Kostenrahmen inklusive unvorhergesehener Kosten. Das sind 10 % der Kosten des mit SPÖ-Stimmen beschlossenen Clubheims eines bekannten Fußballvereines, nämlich 1,3 Mio. Euro. Damit könnte man zehnmal so viele Videoüberwachungskameras in Wels einführen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

GR. Mag. Parzmayr: Das altbekannte Sprichwort „Es wurde schon alles gesagt, nur nicht von jedem“ trifft heute besser zu denn je. Ich suchte mir das Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 22.09.2014 heraus, ein Tagesordnungspunkt betraf auch das Thema Videoüberwachung. Sehr viele der heutigen Argumente finde ich auch dort.

Zu den Fakten: In nicht einmal einem Jahr haben wir immerhin 10 Delikte dokumentiert, 60 % davon betrafen Körperverletzungen, 50 % davon wurden aufgeklärt. Geht man davon aus, dass bei diesen Körperverletzungen jemand zu Schaden kam, wird diesen nun geholfen sich den Schaden vielleicht ersetzen lassen zu können. Dies bereits nach einem Jahr. Wenn sie eine Wirtschaftlichkeitsrechnung anstreben wollen, können sie hochrechnen, wieviel alleine in diesem Punkt durch die Videoüberwachung hereingebracht werden kann. Bei der Sachbeschädigung wird dies vermutlich ein noch höherer Anteil sein. Dies vor allem auch deshalb, weil die Videoüberwachung – darüber sind sich Experten und verschiedenste Studien einig – eine sehr hohe präventive Wirkung hat. Es ist schwierig das mit Zahlen zu hinterlegen. Ich kann natürlich nicht in eine Statistik gießen, wie viele Straftaten verhindert wurden, deshalb weil Teile der Innenstadt videoüberwacht sind. Was jedenfalls verhindert bzw. vermindert werden kann – darüber sind sich die Experten einig – sind diverse Impulsdaten vor allem im Bereich der Sachbeschädigung.

Das subjektive Sicherheitsgefühl in Wels scheint beeinträchtigt zu sein. Das sieht man am besten daran, dass die von Herrn Vizebürgermeister Kroiß ausgegebenen Taschenalarmer in Rekordzeit vergriffen waren. Warum das so ist und warum dieses Sicherheitsgefühl beeinträchtigt ist, wurde heute bereits diskutiert. Dazu gibt es offenbar diverse Ansätze. Fest steht, das subjektive Gefühl wird durch die Videoüberwachung verbessert. Soviel zu diesem Punkt.

Wenn die GRÜNEN und die NEOS Angst vor einem Überwachungsstaat haben, dann sollten sie sich einmal Gedanken darüber machen, wo im öffentlichen und vor allem im halböffentlichen Bereich sie bereits – ganz ohne Videoüberwachung der Stadt Wels – von Kameras aufgenommen werden. Einen Besuch beim Bankomaten kann ich ihnen nicht empfehlen, dort werden sie jedenfalls registriert. Ich weiß nicht, ob sie Kundenkarten größerer Unternehmen haben. Bei jedem Einkauf wird registriert was, wie oft und wo sie etwas gekauft haben. Diese Daten werden nicht nach 48 Stunden gelöscht, sie werden auch nicht vom Staat verwaltet sondern von privaten Unternehmen. Aber diesem „Überwachungsstaat“ unterwerfen sie sich freiwillig. Das ist ihre Sache.

Zur SPÖ-Fraktion sei gesagt, natürlich ist die Polizei für die Videoüberwachung, sonst könnten wir das gar nicht tun. Es geht um eine Videoüberwachung nach dem Sicherheitspolizeigesetz. Ohne Zustimmung der Polizei kann diese nicht durchgeführt werden. Aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 22.09.2014 zitiere ich einige Meldungen:

Damaliger Vizebürgermeister Wimmer sagte: „Es war immer die klare Position der SPÖ. Ja, wir sind für eine Videoüberwachung, aber auf rechtlich einwandfreier und rechtskonformer Weise. D.h. die Polizei verlangt eine Videoüberwachung, der Datenschutzrat stimmt zu, die Verfahren werden abgewickelt, anschließend wird über die Finanzierung gesprochen. Das ist der klare Standpunkt der SPÖ.“ Genau das machten wir.

In weiterer Folge ein Zitat vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Reindl-Schwaighofer: „Die Haltung der SPÖ-Fraktion ging immer in die Richtung, wenn die Polizei sagt wir brauchen für diesen oder jenen Ort eine Videoanlage, dann werden wir uns auch nicht verschließen die Finanzierung sicherzustellen.“ Wie gesagt, wenn die Polizei nicht gesagt hätte wir brauchen sie jetzt, dann könnten wir sie dort gar nicht machen.

Seitens der SPÖ- und der GRÜNEN-Fraktion kommen immer wieder die Wortmeldungen „...es ist ja in Wels alles in Ordnung ...“, „... das subjektive Sicherheitsgefühl ist so schlecht ...“. Warum ist es so? Vielleicht sollten sie einmal ein paar Zeitungsartikel zur Hand nehmen und lesen was in der Stadt alles passiert. Gerade in den letzten Tagen gab es einige Vorfälle. Sie können natürlich weiterhin der Bevölkerung vorgaukeln es ist alles in Ordnung, es passiert gar nichts; wir glauben jedoch es ist nicht so. Wir sind durchaus der Meinung, wir sollten nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Welsler sondern auch die objektive Sicherheit in der Innenstadt verbessern, indem wir Kameras einsetzen. Daher werden wir diesem Antrag selbstverständlich zustimmen.

GR. Hufnagl: Herr GR. Mag. Parzmayr! Ich bin ja richtig froh, dass ich aufgrund meiner Jugend im Jahr 2014 noch nicht im Gemeinderat war, sonst hätten sie sicher von mir auch ein Zitat gefunden. Es ist gerade unsere Aufgabe in der Politik gewisse Meinungen zu überdenken bzw. darf man auch einmal etwas ausprobieren. Wenn etwas nicht funktioniert, muss man so gescheit sein und sagen, es funktioniert in Wels nicht.

Es wurden 10 Delikte aufgezeichnet, 5 davon konnten aufgeklärt werden. Das ist doch kein Erfolg. Das ist weit von den 21 % der besagten Studie entfernt. Ich glaube diese Studie ist nicht auf Wels anwendbar. Aber vielleicht schicken sie mir diese zu, dann schaue ich sie mir einmal an.

Wenn erkannt wird etwas funktioniert nicht, sollten wir doch soweit sein und sagen, o.k. es funktioniert in Wels nicht, es zeigt keine Wirkung. Das sollte auch der Bevölkerung ehrlich gesagt werden.

Zu den Aussagen von Kollegen Haböck möchte ich anmerken: Sicherheit und Polizei: Ja, wir wollen mehr Polizei auf der Straße. Der Staat hat die Aufgabe Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten – eine der Hauptaufgaben des Staates. In Österreich ist dafür die Polizei zuständig, nicht die Ordnungswache. Gott sei Dank hat die Ordnungswache nicht die gleichen Befugnisse wie die Polizei, das wäre sozusagen wirklich schlimm. Neben dem Thema „Aufgabe des Staates für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen“ hat er auch für die Bildung der jungen Menschen zu sorgen. Geld soll sinnvoll investiert werden.

Ich würde mir schon wünschen, dass Wels wie London wird – sie wissen wieviel Vizebürgermeister die Stadt London hat.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Schönberger: Die Kameras brauchen wir für das subjektive Sicherheitsgefühl. Es geht nicht um eine höhere Aufklärungsrate sondern es geht um das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser. Sie haben in ihrer Oppositionsarbeit vor der letzten Wahl dafür gesorgt, dass eben dieses subjektive Sicherheitsgefühl der Welser derartig schlecht geredet wurde, wie es heute ist. Jetzt müssen sie sehr viel Geld in die Hand nehmen, wie für ein neues Logo, eine Neupositionierung der Stadt oder eben diese Placebo-Geschichten, wie die Videokameras, die wir am Stadtplatz und in der Innenstadt montieren. Warum finden diese Übergriffe in der Stadt Wels überhaupt statt? Es gibt alkoholisierte Menschen, welche die Lokale in der Innenstadt besuchen. Bekannterweise wohnen in der Innenstadt weniger Menschen als in allen anderen Stadtteilen. D.h. es geht eigentlich um Probleme, die durch das Ausgehen und durch das Zustandekommen verschiedener Ereignisse dort stattfinden, Raufhandel, Vandalismus usw. Das kann mit den Kameras aufgeklärt werden, die Probleme werden dadurch jedoch nicht beseitigt.

Die Junkies flüchten in die nächste Straße ohne Videoüberwachung. Im Ausschuss sagte ich es bereits: Die Junkies befinden sich mittlerweile im Park der Herz-Jesu-Kirche. Dort liegen jetzt die Spritzen. Am Grünbachplatz sitzen die Obdachlosen und feiern bei wärmeren Tagen bereits um 08.00 Uhr morgens ihr Gelage. Die Problemfälle werden aus der Innenstadt zwar vertrieben, aber Probleme werden dadurch nicht gelöst. Es ist wie bei Einnahme einer Schmerztablette: Der Schmerz ist zwar momentan weg, die Ursache wurde jedoch nicht bekämpft.

Die Videoüberwachung sollte mit einem vernünftigen Konzept gemacht werden. Warum kann jemand, der in der Neustadt, in der Noitzmühle oder in der Pernau wohnt, nicht dasselbe subjektive Sicherheitsgefühl haben als Personen, die in der Innenstadt wohnen? Das müssen sie mir erklären. Oder haben sie dahinter ein größeres Konzept, in dem sie sagen, welches die Brennpunkte, die es in allen Stadtteilen gibt, aufarbeitet? Wenn sie sagen Herr Mag. Parzmayr, die Polizei stimmte zu, muss ich sie fragen, welche Standorte haben sie der Polizei vorgeschlagen? Welche Brennpunkte außer der Innenstadt wurden noch angeführt? Es kann sich doch nicht alles auf die Innenstadt fokussieren?

Bemüht man die Statistiken, kann man sagen, wir hatten aufgrund der bestehenden Innenstadtkameras 100 % Banküberfälle weniger (der letzte fand in der Wimpassinger Straße statt). Wenn man diese Dinge populistisch „aufhängen“ will, kann man das so machen. Genau das ist das Problem. Wir wollen nicht einfach die Ursache beseitigen, sondern wir geben den Menschen sozusagen ein Placebo. Diese Kameras sind es! Deshalb werden wir uns bei diesem Punkt der Stimme enthalten.

GR. Ganzert: Ein Zuseher postete einen Link zur besagten Studie von GR. Stojanovic. Er postete einen Bericht aus dem Tagesspiegel, datiert vom 20.07.2005. In diesem wird gesagt: Die Macht der Bilder ist begrenzt. Studie: Kameras zeigen in U-Bahnen wenig Wirkung, in Parkhäusern schon. Verhindern Kameras Straftaten zumindest in Parkhäusern und in Kombination mit anderen Maßnahmen? Ja! Das ist das Ergebnis der Studie der Stiftung für Deutsche Qualitätsprävention über die Wirksamkeit von

Videoüberwachung. Die Studie geht dann darauf ein, ob eine Videoüberwachung Wirksamkeit in Wohngebieten oder in Stadtzentren hat. In der Studie steht: Hingegen ergab sich kein klarer Effekt bei der Reduktion von Kriminalität in Stadtzentren und Wohngebieten. Auch die Studie über Videoüberwachung in Untergrundbahnen brachte Widersprüchliches. Es wurden positive wie auch negative Effekte gemessen usw. Sie geht darauf ein, dass diese 21 % sich auf Parkhäuser und Parkanlagen beziehen.

Dazu muss ich sagen, ja, Videoüberwachung macht durchaus Sinn. Ja, Herr Kollege Mag. Parzmayr, es gibt an vielen Orten Kameras, beispielsweise in Flughäfen, an Verkehrsdrehscheiben, an Punkten, wo es aus betrieblichen Gründen notwendig ist. Sie zitierten alles völlig richtig, was Kollegen Reindl-Schwaighofer und Hermann Wimmer sagten. Wir haben Recht behalten. Die Finanzierung wurde heute schon beschlossen. Genau zu dem stehen wir auch. Diese Thematik bewegt uns bereits mehrere Jahre. Zu Beginn sagte die FPÖ jahrelang wir brauchen endlich die Videoüberwachung. Die ÖVP sagte nein, diese brauchen wir grundsätzlich nicht. Es gab den sog. DESSI-Prozess über Vorschlag des damaligen ÖVP-Gemeinderates Andreas Weidinger. Das Ergebnis dieses Prozesses war, es gibt keine Hotspots, es gibt keine Notwendigkeit in Wels eine Videoüberwachung einzusetzen. Die SPÖ sagte immer klar, wenn die Polizei der Videoüberwachung zustimmt – es gibt Orte und Zonen, wo die Polizei sich leichter tun würde und wo die Überwachung durch die Polizeiorgane besser ist – dann stellen wir uns dem nicht entgegen. Dann sind wir bei der Finanzierung als auch bei der Umsetzung dabei.

Lese ich mir nun diesen durchaus dürrtigen Amtsbericht durch, beginnt dieser mit den positiven Erfahrungen. Dann werden die Standorte aufgezählt, anschließend steht Sachverhaltsdarstellung: Mit der Landespolizeidirektion Oberösterreich wurde Kontakt aufgenommen und bereits folgende Maßnahmen abgeklärt. Die drei Standorte wurden im Rahmen eines Ortsaugenscheins festgelegt. Das klingt für mich so, als würde die Stadt Wels dort anrufen und sagen, wir hätten durchaus Interesse Videokameras aufzustellen. Schaut es euch an. Weiters steht: Die technischen Voraussetzungen wurden von der Dst. Hochbau gemeinsam mit der Firma Siemens und der Technischen Abteilung der Landespolizeidirektion ermittelt. O.k., das verstehe ich. Vielleicht ist das Objekt, in dem der FreiRaum eingemietet ist, aufgrund des Standortes ein gutes Objekt. Aber deswegen ist noch nirgends festgelegt, entweder aus polizeilichen, aus ermittlungstaktischen, wissenschaftlichen Gründen, warum gerade an diesen Standorten (Altstadt 8, Ringstraße 33, Stadtplatz 12) eine Videoüberwachung notwendig ist.

Wir bekennen uns zu mehr Polizei und zu mehr Begleitmaßnahmen. Wie aus dieser Studie ebenfalls hervorgeht, ist es effizienter für ausreichende Beleuchtung, eine entsprechende Beschilderung, zahlreiche Begleitmaßnahmen zu sorgen. Deshalb fordere ich Herrn Vizebürgermeister Kroiß auf, sich diese Dinge entsprechend anzusehen. Wir stehen klar zu den Aussagen von Kollegen Mag. Parzmayr, wenn es Bedarf an mehr Polizei gibt. Wenn wir die Polizei unterstützen können, sind wir bereit der Videoüberwachung in Wels zuzustimmen. Wenn es allerdings, so wie es sich in diesem Amtsbericht liest, keine Notwendigkeit aus Sicht der Polizei gibt, sondern es nur einen Auftrag der Stadt Wels gibt um 160.000 Euro Placebo-Kameras zu installieren, gibt es seitens der SPÖ keine Zustimmung. Deswegen werden wir uns heute der Stimme enthalten.

GR. LAbg. Dr. Csar: Vorweg darf ich sagen, es gibt keine 100 %ige Sicherheit. Wenn jemand eine Straftat begehen möchte, wird er dies auch tun.

Ein kurzer Rückblick: Es gab den DESSI-Prozess, der schon diskutiert wurde. Klar und deutlich zitiere ich die Linie der ÖVP: Zu Beginn äußerten wir unsere Bedenken gegen die Errichtung einer Videoanlage auf dem Kaiser-Josef-Platz. Wir sagten, wir sind gegen den gläsernen Menschen, wir möchten weitere Untersuchungen anstellen. Dementsprechend wurde der DESSI-Prozess eingeleitet. Verschiedene Varianten wurden in Erwägung gezogen und darüber diskutiert. Das Ergebnis des DESSI-Prozesses war nicht ganz eindeutig. Er sagte nicht aus, dass die Videoüberwachung nicht positiv auf die Sicherheit wirkt, sondern ganz im Gegenteil. Es hieß, es könnte sehr wohl möglich sein, das subjektive Sicherheitsbedürfnis zu decken. Deshalb sagten wir: Ja, warum nicht!

Gehen sie einmal tagtäglich durch die Innenstadt, dann sehen wir bereits sehr viele Videoanlagen. Jede Bank hat eine Videoanlage, genauso wie jede Tankstelle, jeder Teilnehmer des öffentlichen Verkehrs wird videoüberwacht. Wir wissen aber auch, dass die Videoüberwachung am Kaiser-Josef-Platz eine gewisse Sicherheit vermittelt. Eine weitere Ausdehnung der Videoüberwachung bringt gewisse Vorteile, dass in den Bereichen, in denen die Videoüberwachung installiert wird, die Kriminalität zurückgeht. Das ist eine Tatsache, das wird von der Polizei bestätigt.

Für uns als ÖVP ist wichtig zu sagen, dass auf den neuralgischen Punkten, dort, wo wir mit verschiedenen Straftaten rechnen müssen oder die Gefahr von Straftaten höher ist, Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit diese Plätze wieder sicherer werden. Die Standorte wurden ausgewählt und mit der Polizei einvernehmlich festgelegt.

Konkret zum Haus Altstadt 8: Es ist sicher kein böser Hintergedanke vorhanden mich persönlich überwachen zu wollen. Ansonsten müsste ich Angst haben überwacht zu werden. Ich wohne nur fünf Häuser weiter und gehe jeden Tag durch die Altstadt. Ich hoffe nicht, dass irgendwann einmal etwas in diesem Bereich passiert.

Wichtig ist, dass wir der Welser Bevölkerung ein Sicherheitsbedürfnis vermitteln. Die Videoüberwachung ist ein technisches Hilfsmittel. Uns als ÖVP wäre es am liebsten mehr Polizisten auf Fußstreife in Wels zu haben. Oder mehr Polizisten mit Autos, mit Hunden, die für mehr Sicherheit in Wels sorgen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein mehr Polizisten in Wels zu bekommen. Darauf liegt unser Hauptaugenmerk, daran werden wir intensiv arbeiten. Aber, auch wenn wir in Wels um 100 Polizisten mehr hätten, wir können damit auch keine 100 %ige Sicherheit vermitteln.

Ein herzliches Dankeschön allen Polizisten in Wels, die tagtäglich für unsere Sicherheit sorgen. Das ist nicht selbstverständlich.

Die Videoüberwachung soll als Abschreckung vor Kriminalität dienen, sie soll aber nicht eine 100%ige Sicherheit vermitteln. Jeder von uns ist verantwortlich, wir müssen gegenseitig füreinander da sein. D.h. wir als Politiker in der Stadt Wels können viel für die Bewusstseinsbildung beitragen, indem wir sagen, wir sind einer Meinung gemeinsam für die Bevölkerung einzutreten. Daher Nein zu einer Polemik und Ja zu einer sach- und faktenorientierten Politik, damit wir das Sicherheitsbedürfnis nicht nur zufriedenstellen sondern die Sicherheit in Wels wirklich erhöhen. Probieren wir das

gemeinsam aus, damit wir auch bei den drei neuen Standorten eine gute Erfahrung sammeln und weniger Kriminalität in diesen überwachten Bereichen auftritt.

GR. Haböck: Irritierend für mich sind die Aussagen der SPÖ-Fraktion - zuerst dagegen sein und sich dann doch nur der Stimme enthalten und kein klares Zeichen abgeben. Das ist keine klare Positionierung. Noch viel mehr irritiert mich, dass wir nicht nur in der heutigen Sitzung sondern in jeder Sitzung, in der es um Sicherheitsthemen geht, vor allem von den SPÖ-Vertretern hören, es ist alles gar nicht schlimm, es passiert nichts, es ist nur Verunsicherung seitens der FPÖ, die ÖVP macht jetzt auch mit, die Politik ist schuld, dass die Leute ein schlechtes Gefühl haben, und dann ein SPÖ-Vertreter aufsteht und sagt: Ja, natürlich gibt es in der Innenstadt alkoholisierte Schläger, Raufhandel, Vandalismus und Drogenhandel. Aber gut, die Junkies sind jetzt in der Neustadt. Also was jetzt? Gibt es jetzt Raufhandel, Vandalismus, Körperverletzung? Ja, natürlich gibt es das in der Innenstadt! Das widerspricht dem vorher Gehörten, es gibt überhaupt keine Probleme und die Videoüberwachung hilft überhaupt nichts. Dass die Videoüberwachung Straftaten verhindert, hat niemand behauptet. Weder von meiner Fraktion noch von der FPÖ-Fraktion. Aber es geht auch um die Aufklärung. Dazu sagte Kollege Schönberger, ja natürlich kann der Vandalismus und der Raufhandel aufgeklärt werden, aber! Dann hilft es ja doch etwas?

Zynisch finde ich es zu sagen, in der Innenstadt ist eh alles o.k., außer Junkies und Drogendealer, aber jetzt haben wir in der Neustadt die Spritzen liegen. Für uns ist es wichtig weder in der Neustadt noch in der Innenstadt die Spritzen herumliegen zu haben. Anderen Vertretern ist es anscheinend lieber diese nur in der Innenstadt zu haben und in den Stadtteilen nicht. Wenn es Probleme in den Stadtteilen gibt, werden wir uns auch darum kümmern müssen, dass in den Stadtteilen nicht nur das Sicherheitsgefühl subjektiv gesteigert, sondern die Sicherheit gestärkt wird. Wenn sie das wollen, deuten sie damit an, dass die Sicherheitslage doch nicht so rosig ist, wie uns die SPÖ-Fraktion sonst immer verkaufen will.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die angeregte Diskussion. Einige Dinge möchte ich klarstellen: Natürlich sind wir für mehr Polizei auf der Straße, das behaupteten wir immer wieder und wir werden uns dafür einsetzen. Aber – das sagten wir bereits – die Videoüberwachung ist ein dankbares Mittel für Prävention und mehr Aufklärung. Natürlich haben wir die Zustimmung der Polizei für diese Videoüberwachung, sonst könnten wir die Kameras gar nicht installieren. Wenn Oberst Klaus Hübner sagt, es gibt Delikte, die nur rein zufällig aufgeklärt werden konnten, mag das vielleicht sein. Es gibt aber auch sehr viele Delikte, die durch kriminalistische Arbeit und die Videoüberwachung aufgeklärt werden.

Mit Landespolizeidirektor Andreas Pils sprach ich über dieses Thema, sonst hätten wir die Videoüberwachung nicht machen können. Noch einmal: Wir reden diese Stadt nicht schlecht! Es gibt Probleme in der Stadt. Wir zeigen diese Probleme auf, wir zeigen Lösungen auf, jedoch verstehe ich nicht die reflexartige Ablehnung seitens der SPÖ, GRÜNEN und NEOS, wenn es um das Thema Videoüberwachung geht. 2014 hieß es noch, wenn die Polizei zustimmt, stimmen wir auch zu. Jetzt auf einmal dagegen stimmen, dann Enthaltungen seitens der SPÖ? Das hat etwas mit Sicherheitsaktivismus und mit Vorgaukeln zu tun. Das ist die echte Gauklerei zu sagen, wenn die Polizei dafür ist, stimmen wir zu. Aber die Polizei ist dafür und die SPÖ (wahrscheinlich auch GRÜNE und NEOS) enthalten sich der Stimmen oder sind dagegen. Das verstehe ich nicht. Das hat nichts mit Populismus und Hysterie zu tun.

Das ist einfach reflexartige Ablehnung, wenn Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit gemacht werden.

Zu dem angesprochenen Kinospot gibt es die unterschiedlichen Auffassungen. Ich erhielt ein positives Feedback, die Menschen sagten: „Aha, jetzt ist mehr Polizei in der Stadt. Aha, die Ordnungswache ist auch im Welldorado unterwegs.“ Warum diese positiven Dinge auf einmal umgedreht werden, muss mir einer erklären.

Ich bin davon überzeugt, die Videoüberwachung ist ein weiterer Schritt für mehr Sicherheit in unserer Stadt. Bitte um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

22 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
und 10 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 110/1.13 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6004-2016

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 19.09.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 110/1.13 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Beim vorliegenden Bebauungsplan handelt es sich im Wesentlichen um das Objekt Fischergasse 3. Ein altes Haus an der Ecke Adlerstraße/Fischergasse – ein Haus, dessen Erhaltungszustand zugegebener Maßen nicht der beste ist, das aber auch nicht als völlig desolat anzusehen ist. Wie der Amtsbericht ausführt, ist das Haus nicht denkmalgeschützt. Es ist aber zweifelsohne Teil eines Kulturerbes unserer Stadt, denn seine Baugeschichte geht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Über die Jahrhunderte hinweg fungierte es als Gasthaus und als Fleischhauerei und es hat mit seinem Aussehen auch einen gewissen Wert für die Erhaltung des Charakters der Häuserzeile Fischergasse insgesamt. Eine Häuserzeile mit einem ganz speziellen Gepräge. Dieses Haus fungierte als Eingangsbereich in die

Vorstadt der Fischer und ist somit Teil eines Ensembles. Im Amtsbericht wird zum Thema Ensembleschutz zwar eine Überschrift geliefert, dazu aber nicht Stellung genommen.

Wenn wir diesen Bebauungsplan beschließen, wird dieses Haus bald der Geschichte angehören. Der Abriss ist dann nur mehr eine Frage der Zeit. An seine Stelle wird ein viergeschossiger Wohnbau errichtet und damit wieder ein Stück unseres kulturellen Erbes unwiederbringlich abgerissen. Diese Vorgangsweise ist leider für den Umgang mit historischen Gebäuden in Wels durchaus typisch. Heute bedauern wir zwar den 1959 erfolgten Abriss des Semmelturms, aber dieses Bedauern führt keineswegs dazu, dass in weiterer Folge mit der alten Bausubstanz in unserer Stadt sorgsamer umgegangen worden wäre. Der Kaiser-Josef-Platz mit seiner doch eher hässlichen Erscheinungsweise setzt ein Zeichen der Modernisierungswut der darauffolgenden Jahrzehnte.

Nun müsste man meinen, dass inzwischen die Stadtpolitik auch ihre Lehren daraus zog, was hier in der langen Periode der „Modernisierung“ alles schief gegangen ist und dass der Erhalt von alter Bausubstanz nun anders gesehen wird. Dem ist aber nicht so. So gibt es z.B. eine Aussage der Verantwortlichen, die lautet: Den Erhalt von historischen nicht unter Denkmalschutz stehenden innerstädtischen Gebäuden anzustreben ist kein Thema. Und so macht man einem dieser Gebäude nach dem anderen den Garaus ohne darüber nachzudenken, dass jedes abgerissene Gebäude ein Stück Geschichte der Stadt darstellt. In diesem Fall ist es ähnlich wie beim Abriss des Urban-Gebäudes, den wir alle mit Wehmut zur Kenntnis nahmen, oder des Hauses Bäcker-gasse 1a, welches heute das Schuhgeschäft Deichmann beherbergt.

Auch hier wird ein Haus mit großer Geschichte demnächst verschwinden. Mich wundert, der Planungsstadtrat bricht darüber fast in Jubelschreie aus. In Facebook postet StR. Lehner: „Ein Haus ohne Nutzung und ohne Perspektive wird durch einen zeitgemäßen Wohnbau ersetzt. Danke an die Planer und Investoren.“ Meines Erachtens spricht daraus eine gewisse Ignoranz gegenüber der Zerstörung von alter Bausubstanz in historischen Gebäuden, die einen Wert für unsere Stadt haben könnten, wenn man etwas daraus machen möchte. Mit dieser Einstellung wird Stück für Stück die kulturelle Identität unserer Stadt zerstört und auf dem Altar des Verwertungsinteresses geopfert. Die Verantwortung dafür trägt in erster Linie natürlich der Planungsstadtrat, tragen aber letztendlich wir alle, wenn wir Bebauungsplänen wie diesem zustimmen. Die GRÜNEN werden diesem Bebauungsplan daher ihre Zustimmung verweigern. Eines ist gewiss: Eine Stadt, die ihre Vergangenheit missachtet, wird auch keine Zukunft haben.

StR. Lehner: Sehr geehrter Herr GR. Mag. Teubl! Du vermischst hier zwei wesentliche Dinge. Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Erstellung eines Bebauungsplanes. Dieser wurde auf Basis eines Projektes, welches vom Gestaltungsbeirat der Stadt Wels als sehr passend für diesen Standort befunden wurde, erstellt. Über das kann man geteilter Meinung sein. Wir haben heute als Gemeinderat über die Rahmenbedingungen für dieses Projekt, das heißt über den Bebauungsplan für diesen Standort, abzustimmen.

Du legtest das Thema „wie gehen wir mit alten Gebäuden um“ ausführlich dar. Im konkreten Fall ist es ein Gebäude, das auf Basis einer Befundung durch das Denkmalamt nicht unter Schutz zu stellen ist. Ein Eigentümer eines solchen Gebäudes

hat gewisse Rechte mit diesem Objekt umzugehen, wie er es als Eigentümer für richtig erachtet. Im konkreten Fall erhielt der Eigentümer schon einen Abbruchbescheid für das Objekt. Die GRÜNE-Fraktion kann sich hier zwar gegen den Bebauungsplan aussprechen und damit klar zur Kenntnis bringen, dass sie gegen eine vernünftige Bebauung in diesem Bereich ist, sie kann aber nicht verhindern, dass dieses Gebäude wegen der Raumhöhe, der entsprechenden Feuchtigkeit etc. nicht mehr nutzbar ist. Deshalb postete ich das auf Facebook. Ein nutzloses Gebäude, dessen Eigentümer das Recht auf Abbruch hat, wird ersetzt durch ein Gebäude mit sieben Wohneinheiten in der Innenstadt.

Mir ist viel lieber wir bieten in einem modernen Wohngebäude Menschen Wohnraum an, als das ein Gebäude vorgefunden wird, das auf einem schönen historischen Keller errichtet wurde, derzeit aber wirklich nicht mehr nutzbar ist und wir in den nächsten Jahren zusehen wie es verfällt. Das ist für mich nicht Stadtentwicklung. Das ist vielleicht eine Käseglocke, die wir über irgendetwas darüberstülpen. Aber auch der Käse schimmelt unter Käseglocken; sie schützen nicht, sondern dienen nur zur Präsentation.

Ich wünsche mir eine Stadtentwicklung und keine Erhaltung von nicht nutzbaren Gebäuden. Anders ist es bei Gebäuden, wo wir eine Nutzung, eine Weiterentwicklung erkennen. Jeder Investor eines Gebäudes, bei dem wir und das Denkmalamt der Meinung sind es ist unterstützungswürdig, machen wir das mit großer Freude. Wir sind selbst aktiv, um auf den Wert von historischen Gebäuden hinzuweisen, um diese zu attraktivieren. Ursprünglich setzten wir mit der Altstadtförderung viele wichtige Impulse. Jetzt werden über die Wirtschafts- und Altstadtförderungen den Hauseigentümer Mittel zur Verfügung gestellt, um Gebäude zu erhalten und mit einer Nutzung zu versehen. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Bebauungsplan, um das Projekt zu ermöglichen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP Gemeinderatsfraktion betreffend Umbau des Hauses in der Magazinstraße 5, Wels, in ein Heim für beeinträchtigte Personen;
Resolution an die Oö. Landesregierung
DI-Verf-2022-2016

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Der uns vorliegende Dringlichkeitsantrag befasst sich mit einer Resolution an das Land Oberösterreich. Es wird gebeten, das Haus Magazinstraße 5 einer Prüfung zu unterziehen. Das Gebäude soll in ein Heim für beeinträchtigte Personen in einem Alter zwischen 20 und 60 Jahren umgebaut werden. Diverse Medienberichterstattungen in den letzten Wochen zeigten, dass etwa 400 Personen mit sofortiger Wirkung auf einen Heimplatz warten und ca. 3.300 in

Oberösterreich auf einer Warteliste stehen mit unterschiedlicher Dringlichkeit. In Wels warten bereits 75 Personen auf einen Heimplatz. Bereits 2013 brachte die FPÖ eine Resolution im Gemeinderat ein. Damals waren es noch 22 Personen, die auf einen Heimplatz warteten. Das Thema Pflege wird generell mit älteren Menschen in Verbindung gebracht, jedoch sind ca. 17 % der zu pflegenden Menschen in einem Alter zwischen 20 und 60 Jahren.

Aufgrund unterschiedlicher Erkrankungen, Behinderungen und Beeinträchtigungen bedürfen auch jüngere Menschen einer Pflege. Es ist derzeit nicht bekannt, wie viele dieser Personengruppe in Alters- und Pflegeheimen untergebracht sind. Die Fachliteratur dahingehend bezeichnet das als Fehlplatzierung. Und diese Fehlplatzierung – da ist man sich einig – sollte vermieden werden. Umso mehr müssen wir befürchten, dass die Dunkelziffer eine viel größere ist, denn die Statistik schweigt über diese Zahlen. Gerade für diese Menschen ist es oft schwer Hilfe von der Familie oder überhaupt Hilfe anzunehmen. Sie ziehen sich in sich selbst zurück und haben auch keinen gesellschaftlichen Kontakt mehr. Oft verweigern sie jegliche Hilfe, aber gerade für diese Menschen ist es besonders wichtig, ihnen Hilfe zukommen zu lassen und sie einen geregelten Tagesablauf haben.

Das Areal in der Magazinstraße würde sich aufgrund seiner Vornutzung sehr dafür eignen. Wir wissen natürlich alle wie lange es dauert ein Projekt in die Umsetzung zu bringen und daher ist es uns sehr wichtig, jetzt schnell zu reagieren. Zu einem Zeitpunkt, wo wir alle wissen, dass wir dringend Plätze brauchen. Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

Vzbgm. Huber: Ich begrüße diesen Vorstoß und danke für dieses wundervolle Plädoyer für Menschen mit Beeinträchtigung. Die SPÖ-Fraktion wird diese Resolution natürlich mittragen und ich werde nicht mehr ausführen, warum es mir lieber gewesen wäre, gleich mit konkreteren Ideen zu kommen, weil die Verhandlungen sowieso schwierig werden angesichts der budgetären Situation. Letzte Woche waren wir beim Land Oberösterreich betreffend stationäres Hospiz für die Stadt - die Verhandlungen sind nicht einfach.

Wie reflexartig wir aber von einem Thema sprechen, zeigt sich bei Lesung eines Ausschnittes aus der Presse von 20. Juli 2016: Die FPÖ macht sich für Einsparungen im Sozialbereich auf Landesebene stark. Ich möchte zu denken geben, dass 80 % des Sozialbudgets des Landes Oberösterreich Ausgaben nach dem Chancengleichheitsgesetz sind. Wenn wir und sie es wirklich ernst meinen, dann bitte ich sie Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer zu unterstützen. Bei den demnächst stattfindenden Budgetverhandlungen im Landtag wird einfach mehr Geld für diesen Bereich benötigt. Ein vollbetreuter Wohnplatz kostet jährlich 50.000 Euro. Und wenn wir in diesem Haus 72 Plätze unterbringen möchten, dann sprechen wir hier von zusätzlichen jährlichen Kosten in Höhe von 3,6 Mio. Euro. Das heißt, wenn wir es ernst meinen, braucht es mehr Geld. Machen wir uns gemeinsam dafür stark!

GR. Hacker: Die Notwendigkeit eines Wohnheimes für Menschen mit Beeinträchtigung ist in unserer Stadt durchaus gegeben. In Wels stehen bei den 20- bis 60-Jährigen (Stand 21.10.2016) 75 Personen, die über das Chancengleichheitsgesetz voll betreut und behandelt werden, auf der Warteliste für einen Heimplatz. Junge beeinträchtigte Personen, die in Alten- und Pflegeheimen leben, werden in der Fachsprache als fehlplatziert eingestuft. Ich bin froh, dass wir unsere Alten- und Pflegeheime haben und

an dieser Stelle ein Dankeschön an alle, die sich um diese besonderen Menschen kümmern.

Unser Ziel sollte ein Wohnheim mit einem Betreuungskonzept sein, das sich an die individuellen Bedürfnisse der Menschen im Alter von 20 bis 60 Jahren orientiert. Mit einem Betreuungskonzept meine ich, familiäre Atmosphäre schaffen, Förderungen der individuellen Talente, aktive Gestaltung des eigenen Lebensraumes, Unterstützung und Förderung der Selbstbestimmung, gesellschaftliche Integration, medizinische und therapeutische Versorgung. wohnen, begleiten, pflegen, fördern – ein Wohnheim für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, wo man alles hat, was man braucht, wo das Leben Sinn macht, wo man dazugehört, wo man Freude hat, wo man ernst genommen und wo man geliebt wird.

GR. Schatzmann: Als Bezirksobmann des Zivilinvalidenverbandes begrüße ich natürlich diesen Antrag sehr. Es gibt ja nicht nur Menschen mit Beeinträchtigung, die 24-Stunden-Betreuung benötigen, sondern es gibt auch Menschen, die mit geringerer Pflege auskommen. Auch für diese brauchen wir einen Betreuungsplatz. Im Juni sprach ich mit dem Landesverband schon über diese Angelegenheiten. Dieser wäre daran interessiert als Trägerverein für eine solche Institution aufzutreten, wenn von der Frau Landesrätin die dementsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bitte stimmen sie diesem Antrag zu – es ist dringend notwendig!

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich bedanke mich herzlich für diese positiven Wortmeldungen. Liebe Silvia, ich gebe dir Recht, in der Zeitung stand das Sozialbudget wird penibel durchleuchtet. Es ist aber auch eine indirekte Zusage bzw. ein Verständnis vom Landeshauptmann in diesem Artikel zu lesen, indem er sagt, dass einerseits ein Sparvolumen lukriert werden muss, damit auf der anderen Seite 150 bis 200 neue Betreuungsplätze geschaffen werden können, die vor allem im Bereich Wohnen für Menschen mit Beeinträchtigung fehlen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Verbleib der "Radarabteilung" beim Stadtpolizeikommando Wels; Resolution an das Landespolizeikommando Oberösterreich
DI-Verf-2023-2016

Vzbgm. Kroiß: Die Polizei Wels verfügt schon seit Jahrzehnten über eine eigene Radargruppe, die im Stadtgebiet von Wels Geschwindigkeitsüberwachungen durchführt. Mit der Polizeireform 2005 wurde diese Radargruppe zwar der Landesverkehrsabteilung der Landespolizeidirektion Oberösterreich organisatorisch zugewiesen, blieb aber als eigenständige Gruppe in Wels und führt hier tagtäglich Radarkontrollen durch. Nun soll diese Radarüberwachung mit 01.01.2017 gänzlich nach Linz übersiedelt werden. Das hätte zur Folge, dass nicht mehr die in Wels dafür zuständigen Polizeibeamten mobile Radarkontrollen durchführen, die fixen Radarkästen und die Rotlichtüberwachungsanlagen betreuen, sondern die beim Landespolizeikommando Linz Dienst versehenen Exekutivkräfte das Welser Stadtgebiet geschwindigkeitsmäßig überwachen werden.

Ich bin überzeugt, das wird zwangsläufig zu einer drastischen Reduktion der Geschwindigkeitskontrollen in Wels führen. Gerade das Schnellfahren in den Wohngebieten und in den Durchzugsstraßen in Wels sowie die Geschwindigkeitsüberwachung sind immer wieder ein Thema in der Bevölkerung. Das ist bei meinen Sicherheitssprechtagen ein ganz großes Thema, wo gerade in den Wohnbereichen eine verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung gefordert wird. Wir ersuchen daher die Landespolizeidirektion Oberösterreich diese Pläne zu verwerfen und dem Stadtpolizeikommando Wels das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen, weil nur durch eine Stationierung der Beamten in Wels kann weiterhin eine regelmäßige Geschwindigkeitsüberwachung sichergestellt werden.

In den Jahren 2014, 2015 und 2016 (bis jetzt) wurden rund 107.000 Geschwindigkeitsübertretungen (davon rund 34.000 mittels mobiler Überwachung) festgestellt. In diesen drei Jahren wurden 2.500 Rotlichtsünder in Wels ausgeforscht und zur Anzeige gebracht. Ich glaube daher, dass eine personelle Abwanderung nach Linz mehr als kontraproduktiv ist und ersuche um Zustimmung zu dieser Resolution.

GR. Prof. Mag. Teubl stellt den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Prof. Mag. Teubl auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages an den zuständigen Ausschuss wird mit

12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
gegen 22 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Humer und GR. Mag. Simunovic sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

StR. Hoflehner: Wir sprachen heute schon sehr viel über unterschiedliche Kameras und die Radargeräte sind ja auch eine spezialisierte Form von Kameras. Auch sprachen wir über den Wunsch mehr Polizisten für Wels, den der Bund aber nicht erfüllt. Jetzt stehen wir vor einer Situation – wenn ich dem Stadtpolizeikommandanten Hübner folgen kann –, dass ein Kollege pensioniert und diese 2005 beschlossene Organisationsänderung jetzt durchgeführt wird. Die Linzer Kollegen sollen die Welser Agenden übernehmen. Das heißt, wir bekommen nicht mehr, sondern weniger.

Ich weiß nicht, wie es ihnen geht, wenn sie die Zahl von rund 107.000 Geschwindigkeitsüberschreitungen in knapp drei Jahren hören. Das sind durchschnittlich 100 Radarstrafen pro Tag, wobei der Durchschnitt ein verführerischer, aber nicht unbedingt ein repräsentativer Wert ist. Damit soll eine ungefähre Relation aufgezeigt werden und ich weiß nicht, ob das für sie angenehm, wenig oder unangenehm viel ist. Für mich ist es um 100 zu viel – ein Wunschdenken.

Ich setzte mich eine Zeit lang sehr intensiv mit der Psychologie auseinander und vermeine heute noch zu wissen, dass ein Fehlverhalten gegen die Regel unmittelbar sanktioniert werden muss, damit ein Lerneffekt eintritt. Die Radarstrafen kommen oft erst Wochen später mit einer Anonym-Strafverfügung und nach Abklärung, ob der Mann

oder die Frau mit dem Auto fuhr, wird zähneknirschend gezahlt. Ein positives Beispiel ist die B 137, im Bereich der Waldschänke, wo tatsächlich ein Radarkasten die meisten Menschen dazu bringt das Tempo auf 50 km/h zu reduzieren.

Wenn bei den mobilen Einsätzen des Radargerätes die Linzer Kollegen Wels nicht als Zentrum der Bedürfnisse ansehen, dann wird dieser unmittelbare Effekt in der Stadt Wels wegfallen. Aus Sicht des Verkehrsreferenten kann es nicht der Weisheit letzter Schluss sein, die Welser, den durchziehenden und auspendelnden Verkehr mittels Radarkästen und Radarmessungen dazu anzuhalten die Regeln einzuhalten. Wir sollten im Verkehrsausschuss darüber diskutieren, welche anderen Mittel und Wege notwendig und möglich sind, damit diese volkswirtschaftlichen Unsinnigkeiten, die vermehrt durch überhöhtes Tempo zustande kommen, reduziert werden. Daher unterstützen wir diesen Antrag, diese Resolution nach Linz zu schicken. Ich werde den Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Teubl annehmen bzw. verwenden, um diese Angelegenheit nicht nur im Sicherheitsausschuss, sondern auch im Verkehrsausschuss zu diskutieren.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die positiven Wortmeldungen. Lieber Klaus, im Verkehrsausschuss geht es dann hauptsächlich sehr viel um die baulichen Maßnahmen, um als Stadt Wels bei Unfallgefährdung in Kreuzungen eingreifen zu können. Wenn der mobile Radarwagen nach Linz geht – Kabinendaten können relativ selbständig in Linz ausgewertet werden -, dann würden die mobilen Messungen drastisch zurückgehen. Das wäre ein Rückschritt für die Stadt Wels. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

GR. Mag. Humer verlässt um 17.55 Uhr die Sitzung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Nutzung der ehemaligen Landesfrauenklinik als Registrierstelle für Asylangelegenheiten; Resolution an den Bund und das Land Oberösterreich
DI-Verf-2024-2016

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Dringlichkeitsantrag liegt mir ein Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet: Der Resolution soll hinzugefügt werden: „...Gleichzeitig wird der Bürgermeister ersucht Initiativen für die Erreichung der gesetzlich vorgegebenen Quote zu ergreifen.“

GR. Mag. Parzmayr: Aufgrund der vorgerückten Stunde und der etwas emotionaleren Diskussion zu den letzten Tagesordnungspunkten halte ich mich kurz. Bei dieser an den Bund und an das Land gerichteten Resolution geht es um die geplante neue Nutzung der ehemaligen Frauenklinik. Das Bundesministerium für Inneres hat einen Bescheid erlassen, mit dem die ehemalige Frauenklinik umgebaut werden soll. Es sollen dort 450 hilfs- und schutzbedürftige Personen untergebracht werden. Darüber hinaus soll eine Registrierungsstelle für Asylangelegenheiten an diesem Standort eingerichtet werden. Diesen Bescheid wird die Stadt Wels vor dem

Bundesverwaltungsgerichtshof bekämpfen. Die Entscheidung steht natürlich noch aus. Deshalb erscheint es uns wichtig den Standpunkt seitens der Stadt durch diese Resolution klarzustellen.

Wir sehen es nicht als notwendig weitere Betreuungsplätze in Oberösterreich einzurichten. Laut den letzten Zahlen von Landesrat Anschöber erfüllen wir in Oberösterreich die Quote bereits zu knapp 99 %. Darüber hinaus gibt es 904 freie Unterbringungsplätze. Das heißt, es sind genug Unterbringungskapazitäten vorhanden. Wir sehen es nicht als notwendig eine weitere Stelle einzurichten und sind daher strikt gegen diese Betreuungsstelle. Bitte um Diskussion.

GR. Ganzert: Hier liegt wieder ein typischer FPÖ-Antrag vor, bei dem es jedes halbe Jahr um das Thema Asylunterbringung und Asylquote etc. geht. Darauf beruht auch unser Abänderungs- bzw. Zusatzantrag. Vor einem Jahr hatten wir im Gemeinderat die Debatte, ob ein Großquartier am Gelände der Hessenkaserne eingerichtet werden soll. Wir sprachen uns auch damals dagegen aus, weil für uns klar war, dass ein Großquartier und eine Massenunterkunft für keine der Beteiligten, weder für die Bewohner noch für die Stadt, die angrenzende Bevölkerung oder für die dort arbeitenden Menschen, einen Sinn ergibt. Die einzige Lösung das Ganze zu verhindern ist, indem wir mit kleinen Einheiten die Quote entsprechend erfüllen und somit dem Grund dafür die Rechtslage und das Werkzeug entziehen.

Der Bürgermeister negierte und missachtete das von Anfang an und fuhr mit leeren Händen nach Wien. Er versuchte mit dem zuständigen Minister und Koordinator zu verhandeln und auf ihn einzuwirken. Dann hat er sich für die Verhinderung des Quartiers in der Hessenkaserne feiern lassen. Das war nicht der Erfolg des Herrn Bürgermeisters, sondern das Ergebnis eines anderen Routenverlaufs, eines anderen Zustroms und eines nicht mehr vorhandenen Bedarfs.

Die Zeit vergeht, es wird bald wieder Winter und wir reden wieder über dieses Thema. Deshalb stellen wir wieder den Antrag dem ein Ende zu setzen und für klare Verhältnisse zu sorgen. Im Antrag steht, dass die Stadt Wels zum Stichtag 14. Oktober 2016 lediglich 364 Asylwerber unterbrachte und damit die Quote von 1,5 % nicht erfüllt.

Jetzt kommt die Argumentation, bei so vielen leerstehenden Plätzen rechnet sich die Quote anders. Wenn sich die Quote anhand der Bevölkerungszahl errechnet und der Zustrom geringer ist, werden die Plätze schon frei sein. Es kann zumindest versucht werden durch Bevorratung ein starkes Zeichen der Stadt zu setzen. Wir sind der festen Überzeugung, wenn die Stadt Wels ihre Aufgaben erfüllen würde, wäre diese Diskussion überflüssig. Außerdem geht es um eine Registrierungsstelle und nicht um eine direkte Unterbringungsstelle, wie damals vorgesehen. Würden diese Maßnahmen ergriffen werden, wäre dieses Thema endlich vom Tisch und wir könnten uns mit vielen anderen Dingen befassen, als jedes halbe Jahr Bittschreiben nach Wien zu schicken, die dann ganz einfach negiert werden. Aussagen wie „... dann blockieren wir die Autobahn...“ kommen in Wien nicht so gut an.

GR. Schäfer: Die nachstehend von mir angeführten Zahlen sollen zeigen, warum die FPÖ-Fraktion mit den von der SPÖ vorgeschlagenen Maßnahmen nicht einverstanden ist. In Wels leben derzeit rund 64.000 Einwohner. 15.000 davon sind Bürger mit ausländischen Staatsbürgerschaften (ca. 24%). Zählt man jetzt noch die Menschen mit

Migrationshintergrund mit österreichischer Staatsbürgerschaft dazu, erhält man einen Anteil von rund einem Drittel der Welser Gesamtbevölkerung.

Mit Stichtag 01.01.2016 halten sich bundesweit ca. 1,3 Mio. Menschen nicht österreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich auf (ca. 14 %). Wird hier die halbe Million Menschen mit Migrationshintergrund dazugezählt, ergibt das einen Prozentsatz von ca. 21 %. Dieser Vergleich macht deutlich, dass Wels bereits ohne Asylwerber mehr Integrationsarbeit leisten muss als andere Gemeinden und Städte in Österreich. Wenn man bedenkt, dass mit den bereits vorhandenen Asylwerbern Probleme auftreten – Volksfest oder andere Einzelfälle – und in Oberösterreich 904 Unterkünfte leer stehen, stellt sich für mich die Frage, warum gerade in Wels ein Großquartier entstehen soll? Wir Welser Freiheitlichen sprechen uns ganz klar für Asyl für Schutzbedürftige aus. Diese Flüchtlinge sollten aber mit Verstand verteilt werden. Aktuelle Probleme sollten berücksichtigt und nicht verstärkt werden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN unterstützen diese Resolution, weil wir uns immer gegen Großquartiere aussprechen. Aufgrund der derzeitigen Bedarfslage sehe ich dafür keinerlei Veranlassung. Wir unterstützen aber auch den Abänderungsantrag der SPÖ, weil wir sehen, dass die Stadt Wels im letzten Jahr nichts unternahm, um die Quote in der Stadt zu erfüllen. Auch wenn momentan keine Quartiere gebraucht werden, müssten wir uns doch einmal überlegen, wo solche von uns allen gewünschte Kleinquartiere möglich wären, um Großquartiere zu verhindern. Da hat die Stadt Wels ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Das muss gemacht werden, sonst bleibt diese Resolution ohne Unterfutter und wird nur dem Floriani-Prinzip gehuldigt: „Wir sind zwar für die Unterbringung von Flüchtlingen, aber bitte nicht bei uns.“

GR. Hufnagl: Wir unterstützen natürlich diesen Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion und werden diesem gesamten Antrag nur zustimmen, wenn der Abänderungsantrag angenommen wird. Danke für die genannten Zahlen, aber wir erfüllen unsere Quote nicht einmal zu 40 %. Das ist auch eine Zahl, über die diskutiert werden kann.

GR. LAbg. Dr. Csar: Diese Resolution ist notwendig, weil der Bescheid des BMI vorhanden ist und dieser eine sofortige Reaktion der Stadt Wels erforderlich macht. Daher ist diese Resolution ein Zusatzinstrument neben den anderen rechtlichen Möglichkeiten, die wir besprochen. Die rechtlichen Möglichkeiten werden von der Stadt Wels genutzt.

Wir sind ganz klar gegen Großquartiere und daher ganz klar dagegen, dass die ehemalige Frauenklinik Wels als Asylquartier umgerüstet werden soll. Ich möchte kein zweites Traiskirchen in unserer Stadt. Der Ausländeranteil in Wels ist sehr hoch, die Stimmung angespannt und auf die Situation muss Rücksicht genommen werden.

Die Integration ist eine wesentliche Aufgabe der Stadt Wels. Diese müssen wir vorantreiben. Es ist wichtig auf unsere Sprache zu achten. Herr GR. Schäfer deutete in einem Nebensatz das Volksfest an. Das möchte ich mit dem Asylquartier nicht in Verbindung bringen. Es ging um eine Belästigung von Frauen von Einzeltätern und nicht von Menschen, die in einem Großquartier untergebracht werden hätten sollen. Deshalb müssen wir aufpassen, nicht durch Wortmeldungen und Positionierungen zu einer Verschärfung der Situation und Stimmung beizutragen.

GR. Ganzert: Ich möchte das vom Kollegen Dr. Csar Gesagte unterstreichen – dem ist nichts hinzuzufügen. Dieses „die Stadt schlecht reden“, „die Innenstadt schlecht und unsicher reden“ ist ein Beispiel dafür, dass es nach diesen hochgebauchten Vorfällen, nach diesen zahlreichen Medienberichten es einen klaren Besuchereinbruch gab.

Nochmals halte ich ausdrücklich fest, dass die Welser SPÖ-Fraktion gegen ein Großquartier ist, egal in welcher Form, an welchem Standort und egal nach welcher Planung oder Unterbringung. Bei der Aussage von Kollegen Schäfer handelt es sich um gut recherchierte Zahlen. Aber was sagen diese Zahlen darüber aus, wer einen Migrationshintergrund hat und wer nicht?

Beispielsweise bringen Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien ihr Kind in Österreich zur Welt. Dieses Kind hat die Staatsbürgerschaft der Eltern. Die österreichische Staatsbürgerschaft kann oft erst bei Vorhandensein der finanziellen Mittel erworben werden. Auf einmal gilt man schon als Bürger mit Migrationshintergrund.

Es hat mich sehr gefreut, dass Kollege Hufnagl auf die Zahl des bisherigen Erfüllungsgrades einging, weil es eine Aufgabe der Stadt Wels ist, diese vom Bund gesetzlich festgelegte Quote einzuhalten. Es müssen alle Städte angesehen werden, auch solche, die bisher noch keine Asylsuchenden untergebracht haben.

Der von Kollegen Schäfer vorgebrachte Satz mit „Asyl für Schutzsuchende“ steht außer Frage, denn kein anderer erhält gemäß den Rechtsnormen Asyl. Dafür gibt es die Genfer Flüchtlingskonvention mit klaren Richtlinien. Wir sind gegen Großquartiere. Deshalb werden wir der Resolution zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass es mehr braucht. Ich freue mich über die Unterstützung zu unserem Abänderungsantrag seitens der GRÜNEN und der NEOS. Hoffentlich tut die FPÖ und die ÖVP endlich einmal wirklich etwas dafür, diese ständige Thematik vom Tisch zu bringen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Wir müssen uns die Frage stellen, welche Aufgabe hat die Stadt Wels im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylwerbern? Laut Gesetz hat das Land dafür zu sorgen, dass 1,5 % der Quote erfüllt werden. Das bezieht sich nicht auf die jeweilige Stadt. Es gibt Gemeinden mit 0 oder mehr als 1,5 % und es ist nicht Aufgabe der Stadt Quartiere vorzusehen, bereitzuhalten oder auf Vorrat anzulegen. Wie soll das funktionieren? Sollen wir als Stadt Wels ein leerstehendes Hotel mieten und es dann dem Land, dem Bund oder der Caritas zur Verfügung stellen? Lieber Stefan, das hat keine einzige Gemeinde gemacht! Einzig die Hilfsorganisationen haben nach bereitstehenden Räumlichkeiten gesucht. Diese wurden in der Folge adaptiert und je nach Möglichkeit sollten in Summe diese 1,5 % erfüllt werden.

In Wels hatten wir derartige Gebäude nicht in ausreichender Anzahl. Als Bürgermeister wäre es mir gar nicht möglich gewesen in irgendeiner Weise zu verhindern, dass Flüchtlinge in ein Gebäude einziehen, wenn die entsprechende Widmung vorhanden ist. All das haben wir nicht getan. Wir haben weder etwas verhindert, noch haben wir hier behindert. Tatsächlich entstanden in Wels Flüchtlingsquartiere. Bei der Aufforderung im Abänderungsantrag „Der Bürgermeister wird ersucht Initiativen für die Erreichung der gesetzlich vorgegebenen Quote zu ergreifen.“, stelle ich mir die Frage: Welche sollen das sein? Soll ich herumlaufen und fragen, ob noch jemand ein Bett frei hat? Wo sind die Liegenschaften, die zur Verfügung stehen? Das ist etwas schwierig, noch dazu

wenn in Oberösterreich fast 1.000 Unterkünfte leer stehen. Es gibt kein Interesse der jeweiligen Organisationen mehr irgendetwas anzumieten, weil die Betten nicht mehr benötigt werden. LR. Anschöber sagt, wir müssen uns überlegen wie wir die Kapazitäten reduzieren, weil uns das jeden Tag tausende Euro an Erhaltung kostet. Das sind die Probleme! Wir haben Überkapazitäten. Jetzt in der Zeit der Überkapazitäten soll ich als Bürgermeister Initiativen für die Erreichung der gesetzlich vorgegebenen Quote ergreifen? Sehr lustig!

Wer soll das bezahlen? Das Land hat jetzt schon kein Geld, die Asylkosten explodieren und das Land muss deswegen mehr Geld ins Budget aufnehmen. Die Stadt Wels befindet sich in einem Sparkurs und ich soll 100.000 Euro zur Beschaffung von Kapazitäten verwenden, die derzeit nicht gebraucht werden, weil wir Kapazitäten im Land abbauen. Wirklich? Das kann nicht dein Ernst sein, Stefan! Jetzt in dieser Phase zu verlangen, dass der Bürgermeister die Initiativen ergreift, ist nicht wirklich fertig gedacht. Den Vorwurf muss ich dir leider machen.

Es gibt einen Grund, warum wir diese Quote nicht erfüllt haben. Die SPÖ-Landesrätin Gerti Jahn sagte, dass bei der Verteilung der Flüchtlinge darauf Rücksicht genommen wird, wie hoch die Migrationsquote in einer Stadt oder Gemeinde ist. Wurde darauf Rücksicht genommen? Nein – ein gebrochenes Wahlversprechen der SPÖ-Landesrätin Jahn. Nicht anders ist das aus meiner Sicht zu sehen. Wir haben als Stadt nicht die Kompetenzen und nicht die Mittel derartige Unterkünfte zu schaffen. Frau Landesrätin Jahn meinte, sie nimmt darauf Rücksicht, war aber nach der Wahl überhaupt nicht mehr vorhanden, weshalb der Antrag per se keinen Sinn mehr macht.

Ich möchte noch etwas im Zusammenhang mit dem Rechtsmittel aufklären, denn es scheint hier ein bisschen durcheinander geraten zu sein. Wir erheben jetzt gegen den gegenständlichen vorläufigen Bescheid Beschwerde beim Bundesverwaltungsgerichtshof. Das ist ein Rechtsmittel, das aus unserer Sicht keine hohen Gewinnchancen in sich birgt, weil ich nur gegen Grundprinzipien der Verfassung ankämpfen kann. Hohe Gewinnchancen in sich birgt, dass im Rahmen dieses Bescheides angekündigt wurde, dort eine Registrierstelle, eine Behörde einrichten zu wollen. Sobald die Bauarbeiten beginnen, können wir als Baubehörde erster Instanz hingehen und in der Folge sagen, das entspricht nicht der Widmung, weil es als MB ausgewiesen ist. Das heißt, dort darf keine Behörde errichtet werden und in der Folge in diesem Verfahren können wir erst erfolgreich gegen diese Behörde vorgehen.

Wir wissen die Chance am Bundesverwaltungsgerichtshof ist gering, die großen Chancen liegen in einem anderen Verfahren. Es gibt hier zwei unterschiedliche Verfahren, die auch unterschiedlich geführt werden und wir sind in beiden Verfahren aus meiner Sicht gut aufgestellt. Es wäre fahrlässig ein Rechtsmittel nicht zu nützen. Alle Rechtsmittel sind, wenn man die Chancen wahren will, auszuschöpfen.

Das ist zusammenfassend der Grund, warum wir die Quote von 40 Prozent nicht erfüllt haben und auch der Grund, warum aus meiner Sicht dieser Zusatzantrag nicht wirklich geeignet ist eine Verbesserung der Quote zu erreichen, weil wir derzeit Kapazitäten abbauen und keine aufbauen sollten. Das Steuergeld soll zweckmäßig und sparsam zum Einsatz kommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Kroiß: Lieber Stefan, du sagtest, dass sei ein so typischer FPÖ-Antrag und das ist genauso wie diese hochgebauchten Vorfälle anlässlich der Herbstmesse. Wenn du hier von hochgebauchten Vorfällen sprichst, wenn 18 Frauen nicht nur belästigt werden, sondern massiv attackiert, dann hat das nichts damit zu tun, dass wir Vorfälle hochbauschen, sondern es sind Vorfälle, die passiert sind. Mit diesen hochgebauchten Vorfällen bist du irgendwo über das Ziel hinausgeschossen. Die Täter wurden angezeigt.

GR. Schönberger: Da ich tagtäglich in geschäftlichen Verhandlungen bin, ist es gut einen Joker zu haben. Man kann das eine tun und muss das andere nicht lassen. Natürlich können präventiv Gespräche mit den verschiedenen Trägerorganisationen darüber geführt werden, was wäre wenn der Fall eintreten würde. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn heute Asylquartiere gebraucht werden und Wels diese erst schaffen muss, diese Asylsuchenden dann in Wels warten bis etwas frei wird, wenn woanders genügend Plätze vorhanden sind. Es geht nur darum präventiv zu versuchen etwas in den Händen zu halten, mit dem in Verhandlungen entgegnet werden kann. Einfach nur nein zu sagen, ist letztendlich zu wenig.

Nicht anders ist diese Ergänzung zum Antrag zu sehen. Es ist kein Auftrag, sondern ein Ersuchen diese Möglichkeit zu prüfen, um dich selber in eine bessere Verhandlungsposition für die Stadt Wels zu bringen. Genau unter diesem Aspekt ersuchen wir euch diesem Ergänzungsantrag zuzustimmen. Die SPÖ spricht sich ganz klar gegen ein Aufnahmelager und ein Großquartier aus. Wir gehen ja mit euch mit. Wir wollen jedoch, dass du dich in eine Position begibst, mit der du letztendlich stärker verhandeln kannst. Die Vorgespräche sollten zumindest mit den Trägerorganisationen in eine Richtung geführt werden, falls der Tag X wirklich zum Tragen kommt.

GR. Hufnagl: Es wird immer so dargestellt, als sei die Quote auf das Bundesland zu sehen. Das Gesetz sieht eindeutig eine Bezirksquote vor. Wels ist nicht nur Stadt sondern auch Bezirk, deshalb gelten diese 1,5 % Quote zumindest rechtlich.

GR. Ganzert: Meldung zur Richtigstellung: Die Ergreifung eines Rechtsmittels ist natürlich ganz in unserem Sinne - das wurde im Stadtsenat so besprochen. Wenn ich mich recht an Protokolle von anderen Organen der Stadt erinnere, wurde schon versucht Quartiere bzw. Räumlichkeiten zu suchen. Du meinst aber, das sei nicht möglich. Deine Handlungen entsprechen durchaus dem, was wir fordern.

Zu Kollege Vzbgm. Kroiß möchte ich anmerken: Ich sagte und stellte ganz klar dar, dass Vorfälle wie diese zu verurteilen sind.

GR. Mag. Parzmayr: Ich bedanke mich für die signalisierte Zustimmung, wenn auch teilweise unter Vorbehalt. Ganz besonders freut mich die Zustimmung seitens der GRÜNE-Fraktion. Bei der letzten Diskussion zu diesem Thema sah das noch etwas anders aus.

Der Abänderungsantrag (Anlage 3A) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
22 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

34 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer ist bei der Abstimmung zum Dringlichkeits- bzw. Abänderungsantrag nicht anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhalt des eigen-ständigen Arbeitsinspektorates in Wels; Resolution an das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
DI-Verf-2025-2016

GR. Mag. Parzmayr: Der nächste Antrag beschäftigt sich wieder mit einer Resolution. Dieses Mal geht es an das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Diese Resolution soll klarstellen, dass sich der Gemeinderat der Stadt Wels klar für den Erhalt eines eigenständigen Arbeitsinspektorates in Wels ausspricht. Wie in Erfahrung gebracht wurde, gibt es einen Plan zur Organisationsänderung im Bundesministerium und das betrifft auch das Arbeitsinspektorat in Wels. Dieses soll organisatorisch an die Dienststelle Linz angegliedert werden. Da das Arbeitsinspektorat in Wels derzeit in einem Mietobjekt untergebracht ist und dieser Mietvertrag bis 2023 läuft ist zu befürchten, dass ab diesem Datum der Standort Wels gänzlich aufgelöst wird.

Hiermit gehen für die Stadt Wels Arbeitsplätze verloren - diese werden nach Linz verlagert. Man kann auch davon ausgehen, dass damit Arbeitsplätze eingespart werden. Wir sehen Wels als einen sehr günstigen Standort für ein Arbeitsinspektorat, da es mitten im Zentralraum liegt. Wenn das Bundesministerium die Pläne vorantreibt hier größere Einheiten zu schaffen, dann wäre es durchaus wünschenswert, wenn diese größere Organisationseinheit in Wels lokalisiert wäre. Aufgrund der günstigen Verkehrsanbindungen ist eine Erreichung des gesamten Landesgebiets gegeben. Bitte um Diskussion.

StR. Reindl-Schwaighofer: Der Antrag in dieser Form freut mich sehr. Es geht exemplarisch darum, dass viele Bundesstellen immer stärker zentralisiert werden. Das diskutierten wir heute schon bei der Frage um die „Radarabteilung“. Es muss uns klar sein, wenn jede Organisationsreform dazu führt alles zu zentralisieren, müsste am Ende alles in einer Bundesstelle zusammengefasst sein. Es wäre sehr schlimm für die Regionen und für dezentrale Räume, wenn es dort keine Verwaltungseinheiten mehr gäbe. Das Arbeitsinspektorat beinhaltet für Arbeitnehmer aber auch für Arbeitgeber eine sehr wichtige Servicefunktion. Es geht u.a. um Betriebsanlagen oder um die Einhaltung der Arbeitszeit.

Es wurde bereits angesprochen, ob nicht Wels für Oberösterreich der bessere Standort wäre aufgrund unserer topographischen Lage. Anfang November schrieb die SPÖ Wels einen Brief an den Bundesminister mit der gleichen Intension. Wir werden dieser Resolution natürlich zustimmen, um die Wertigkeit von Wels als Standort für ein Arbeitsinspektorat aufrechtzuerhalten.

GR. Mag. Parzmayr: Danke für die signalisierte Zustimmung. Bitte um Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Mitarbeit und erklärt die Sitzung für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 30.01.2017 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.